



Demokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs- Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
jährig . . . 192.—

Kündigung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlieferung der
Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

2. Jahrgang.

Mittwoch, 4. Oktober 1922.

Nr. 233.

Etwas zum Schämen.

Es gibt kein Parlament der Welt, das jemals auch nur annähernd einen ähnlichen Eifer in der Massenerzeugung von Gesetzen gezeigt hätte, wie die ehemalige Revolutions-Nationalversammlung und zum Teil auch das gewählte erste Parlament des tschechoslowakischen Staates. Die Zahl der stets gleich nach Tugenden fabrizierten Gesetze geht in die vielen Hunderte und zur Rechtfertigung dieser meist in leichtfertiger Eile durchgepeitschten Gesetze wurde als Grund die Notwendigkeit der „Entösterreichung“ angeführt. Ein Blick auf den Stand unserer Gesetze zeigt aber, daß diesem Streben nach Befreiung vom österreichischen Geiste sehr bald der Atem ausgegangen ist, denn von den Gesetzen über die politischen Rechte der Staatsbürger, welche diesen Geist am reinsten verkörpern, sind uns fast alle unverfehrt erhalten geblieben. Es besteht für die nächste Zeit auch wenig Aussicht, als ob der demokratische Sinn unserer Neu-Republicaner an ihnen rütteln wollte. Neben dem vormärzlichen Vereins- und Versammlungsrecht ist noch immer das alte vorinsinulische Preßgesetz aus dem Jahre 1862 in Geltung und sogar die kaiserliche Verordnung vom 20. April 1854, N. G. M. 96, das sogenannte „Brügelpatent“ erfreut sich — neben anderen kaiserlichen Patenten — ungetrübt ihres Daseins. Nach dem Umsturz walteten die fleißigen Hände der Legionäre und der Zivilbevölkerung, um jedes Wappen, jeden Adler und jedes Denkmal, die an die knechtliche Zeit der Habsburger zu erinnern schienen, restlos auszuwischen, aber über die Beseitigung dieser Symbole und Aeusserlichkeiten kamen die „Reiniger“ bei ihrer Arbeit nicht hinaus. Die altösterreichischen Gesetze, der altösterreichische Polizeigeist ihrer Vollstrecker, der Behörden und Staatsanwälte, sie haben in unverminderter Gesundheit die stürmischen Zeiten des Umsturzes überstanden und bilden sogar eine der wichtigsten Stützen des neuen Staates. Mit überraschender Anpassungsfähigkeit hat es die Staatsgewalt verstanden, diese österreichischen Gesetze und kaiserlichen Verordnungen genau so zu handhaben, wie es seit Jahrzehnten in Oesterreich geschah. Die alte Vormundhaft über die geistigen und politischen Regungen der Staatsbürger dauert weiter, sie unterstehen andauernd noch immer dem reaktionären Vereins- und Versammlungsrecht, auf Grund dessen die Polizei die Tätigkeit der Vereine, die politischen Versammlungen überwacht und nach Bedarf und Willkür auflöst, die Staatsanwälte konfiszieren die Zeitungen nach Herzenslust fröhlich weiter, und wo die Fesseln der Gesetze nicht ausreichen, um dem untertänigen Staatsbürger Raion beizubringen, wird das ehrwürdige Brügelpatent hervorgeholt oder zu den vom österreichischen Polizeigeist erfundenen Ausnahmsgesetzen gegriffen. So ist die Demokratie dieses Staates eine Hülle ohne Kern geblieben, eine Demokratie, gemildert durch den österreichischen Polizeigeist.

An all das wird man jetzt erinnert, da in Oesterreich am 1. Oktober das neue Preßgesetz in Kraft tritt, das als vorbildlich bezeichnet werden kann. Es ist wie eine Ironie der Geschichte, daß Oesterreich, dessen Namen noch immer bei allen tschechischen Patrioten Schrecken erregt, die polizeilichen Fesseln der Bevormundung der Staatsbürger energig abgestreift hat, während die im Zeichen der Freiheit und Demokratie geborene Tschechoslowakische Republik die altösterreichischen Traditionen der Unfreiheit und Knechtung liebevoll pflegt. Das neue Preßgesetz ist wirklich ein im besten Sinne demokratisches Gesetz, das die Preßfreiheit auf eherne Grundlagen stellt. Es macht der Konfiskationsbefugnis der Staatsanwälte ein für allemal ein Ende. Nur in zwei Fällen kann eine Druckchrift der Beschlagnahme verfallen: wenn ihr Inhalt gegen die öffentliche Sittlichkeit verstößt oder wenn darin zu einem Verbrechen aufgefordert wird, wobei aber Gefahr vorhanden sein muß, daß dieses Verbrechen sofort ausgeführt werden könnte. In jedem anderen Falle ist von nun an die Konfiskation eines Druckwerkes ausgeschlossen. Das Gesetz macht weiters dem Verbot der Kolportage ein

Der Streit um die Getreideumlage in Deutschland.

Berlin, 2. Oktober. (Tsch. P. B.) Die Fraktion der Vereinigten sozialdemokratischen Partei beschloß gestern in ihrer ersten gemeinsamen Sitzung mit großer Mehrheit, jede Erhöhung des Umlagegetreidepreises, die für das erste Drittel des Umlagegetreides vorgesehen ist, abzulehnen. Dem „Vorwärts“ zufolge wird sich das Reichskabinett voraussichtlich am Dienstag mit der Erhöhung des Preises für das Umlagegetreide erneut befassen.

Möglichkeit einer Reinerntungsstrafe.

Berlin, 3. Oktober. Die Reichsregierung hat heute eine Verdreifachung des Preises für das erste Drittel der Getreideumlage beschloßen und sich damit in einen scharfen Widerspruch zur sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gesetzt. Die Folge davon muß sein, daß der Preis für Brot auf das

Doppelte steigen wird. Die Regierung läßt dazu erklären, daß sie eine entsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter herbeiführen wolle. Das kann aber nicht verhindern, daß die minderbemittelte Bevölkerung von neuem von einer schweren Belastung bedroht wird. Da der Reichstag erst in 14 Tagen wieder zusammentritt, ist der Ausbruch einer Regierungskrise zur Zeit nicht zu erwarten, aber sie ist damit nicht beseitigt, sondern nur aufgeschoben. Es geht natürlich nicht an, daß die Beschlüsse der stärksten Regierungspartei vom Kabinett nicht beachtet werden, und wenn nicht in den nächsten Wochen ein befriedigender Ausgleich herbeigeführt wird, so kann über diese Frage die Koalition in Brüche gehen, bevor noch die Stimmen-Partei Gelegenheit findet, ihre Ansprüche auf den Eintritt in die Regierung anzumelden.

Der Münchner Tschedenbachprozeß.

München, 3. Oktober (Wolff). Vor dem Münchner Volksgericht begann heute der Prozeß gegen den früheren Privatsekretär Eisners Felix Tschedenbach, den Herausgeber einer Berliner Korrespondenz Dr. Gargas und den Chefredakteur Karl Veltz, dem hiesigen Vertreter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die wegen Landesverrat angeklagt sind. Die Verhandlung, die mehrere Tage beanspruchen dürfte, findet unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. (Schon dieser Umstand charakterisiert den Prozeß als ein Tendenzverfahren ärgster Sorte. D. Red.)

Der Prozeß gegen die Mörder Rathenaus.

Leipzig, 3. Oktober (Wolff). Vor Eintritt in die Verhandlung stellt Verteidiger Justizrat Dr. Bohn den Antrag, daß das Verfahren dem zuständigen Schwurgericht überwiesen werde, und begründet diesen Antrag mit der Behauptung, der Staatsgerichtshof sei verfassungswidrig. Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer widerspricht dieser Auffassung. Das Gesetz über den Staatsgerichtshof sei mit zwei Drittel Mehrheit vom Reichstage angenommen, sei also nicht verfassungswidrig. Der Gerichtshof bejahte seine Zuständigkeit und lehnte den Antrag der Verteidigung das Verfahren dem Schwurgericht zu überweisen ab, ebenso den folgenden Antrag des Dr. Bohn auf Abkennung des Staatsgerichtshofes als Gesamtgericht, weil er sich nach politischen Gesichtspunkten zusammensetze, sowie auf Abkennung einzelner Richter, besonders der Laienrichter und des Vorsitzenden Dr. Sagen. Nach einer Pause begann die Vernehmung der Angeklagten. Ernst Werner Tschosk bestreitet, daß je von der Ermordung Rathenaus in der Organisation C die Rede gewesen sei. Ein Zwang zu Handlungen, die man nicht freiwillig auf sich nehmen wollte, habe nicht bestanden. Die persönlichen Vernehmungen der Angeklagten wurden am Dienstag zu Ende geführt. Unter ihnen sagte auch der ehemalige Torpedoschiffziller Tillesen aus, gegen den eine Voruntersuchung wegen des Attentates auf Scheidemann schwebt. Tillesen erklärte, von dem Aufenthalte seines Bruders nichts

zu wissen. Er glaube auch nicht an dessen Schuld an der Ermordung Erzbergers. Er selbst habe in nationaler Richtung betätigt, aber keiner Partei angehört und sei der Organisation C auch nicht nahegekommen.

Neuer Markkurs.

Berlin, 3. Oktober. Die Haufe auf dem Devisenmarkt setzte sich heute fort. Nach wie vor herrscht reger Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln, demgegenüber nur ein ganz unzulängliches Angebot vorliegt. Der Dollar stieg von 1812 auf 1885, englische Pfund von 79.15 auf 82.69, Schweizer Franken von 3.38 auf 3.52, tschechische Kronen von 56.47 auf 59.42.

Beschlüsse der Südrayer Bergarbeiter.

Mähr.-Odrau, 3. Oktober. Heute vormittags fand im Volkshause in Mähr.-Odrau eine Konferenz der Vertrauensmänner und der Betriebsräte der Oberbayerischen Kohlen- und Koksereien des Mähr.-Odrau-Karwiner Reviers statt. Sie war von 210 Delegierten besetzt. Nach der Debatte, an welcher sich zahlreiche Delegierte beteiligten, wurde eine Resolution angenommen, in welcher gegen den ungesetzlichen Angriff der Unternehmer auf die einfache Frequenz protestiert wird und die Arbeiter aufgefordert werden, nur den Aufträgen ihrer Organisation, den Folge zu leisten. In der nächsten Zeit werden in der ganzen Gegend zahlreiche Versammlungen der Arbeiterschaft veranstaltet werden, auf welchen sich die Arbeiterschaft über die Forderungen der Unternehmer aussprechen soll.

Italien garantiert den österreichischen Kredit.

Rom, 3. Oktober (Gavas). Der Ministerrat ermächtigte, nachdem er das Exposé des Ministers des Äußern Schanzer angehört hatte, die italienische Delegation in Genf, dem Projekte des Völkerbundes betreffend die österreichische Anleihe beizutreten, deren Garantierung Italien mit übernehmen wird.

zur Aufgabe, wodurch der Vergiftung des Volkes mit elenden Kolportageromanen eine Schranke gesetzt werden soll.

Während in Oesterreich das Preßrecht auf neue, freirechtliche Grundlagen gestellt wird, bleiben bei uns das schandbare Preßgesetz und mit ihm die Reihe der anderen reaktionären Gesetze weiter bestehen. Der demokratische Freistaat findet weder Zeit noch Lust, an die Aenderung der Gesetze zu gehen, welche die politische Meinungsfreiheit knebeln. Jetzt noch weniger, als es früher der Fall war. In die Tiefe zu gehen, die Gesetze und ihre Handhabung den Grundfragen der Demokratie anzupassen, wurde so gut wie verabsäumt, denn die Absehung der Dynastie und die Einführung des allgemeinen, gleichen Stimmrechtes erscheinen nur als halbe Mittel, da der alte Geist und alle polizeilichen Bedrückungsgesetze volle Geltung behalten haben. Gäbe es bei uns so etwas wie ein öffentliches Gewissen, es müßte sich der Tatsache schämen, daß die Demokratie der Tschechoslowakischen Republik gegenüber jener Oesterreichs schmächtig ins Hintertreffen geraten ist.

Lohnabbau oder Abbau der Verbrauchsabgaben?

Während die Vertreter der Arbeiterschaft bereits mehreremale eingehend die Ursachen der Wirtschaftskrise der Regierung zu Bewußtsein gebracht und eine ganze Reihe von Maßnahmen angegeben haben, wie der katastrophalen Arbeitslosigkeit abzuhelfen wäre, machen es sich die Herren Unternehmer und ihre dienstbesessenen Sekretäre leichter. Ihre Nationalökonomie besteht darin, daß die Löhne der Arbeiterschaft zu hoch sind, daß nur der Lohnabbau der tschechoslowakischen Industrie wieder ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zurückgeben kann. Mit anderen Worten, unsere Unternehmer glauben, daß der Industrie nicht anders zu helfen ist, als durch die Verelendung der Arbeiter, durch die wirtschaftliche Verflorung der breiten Massen der Bevölkerung. Sie möchten den Arbeitern am liebsten alle Rechte nehmen, die sich das Proletariat seit dem Beistehen der Arbeiterbewegung überhaupt erworben hat und die Lebenslage der Arbeiter herabdrücken auf jene in der Zeit der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals, da die Industrie im Entstehen begriffen war — Verhältnisse, die aus den Schilderungen bekannt sind, wie sie Engels in seiner „Lage der arbeitenden Klassen Englands“ gibt, die noch jetzt jedes fühlende Menschenherz erschauern machen.

In Wirklichkeit gibt es viel bessere und vor allem wirksamere Mittel, um die Wirtschaftskrise zu mildern, nämlich den Abbau der geradezu unsinnig hohen Abgaben, mit der der Staat jede Ware belastet. Die Krone ist seit November auf den dreieinhalbfachen Stand gestiegen, der Staat erhebt aber noch immer dieselben Abgaben, dieselben Frachttarife wie vor dreierhalb Jahren. Die Wirtschaftspolitik um Raschin wollen die Deflation durchzuführen, aber sie wollen nicht begreifen, daß mit dieser Deflation, wie bereits in mehreren Artikeln des früheren Finanzministers Englisch ausgeführt wurde, die Herabsetzung aller staatlichen Abgaben verbunden ist. Das größte Hindernis der Senkung der Preise sind heute die hohen staatlichen Abgaben, wobei bei manchen Waren die Summe dieser Abgaben (Zölle, Umsatzsteuer, Fleischsteuer, Kohlensteuer, Frachttarife) höher sind als der ursprüngliche Wert der Ware.

Um den vielen Beispielen, die wir in dieser Hinsicht schon gebracht haben, ein neues hinzuzufügen, wollen wir heute auf die Exportkohle verweisen. Wenn ein reichsdeutscher Unternehmer Brüxer Kohle kaufen will, so kostet die Kohle in Eger per zehn Tonnen 94.100 Mark. Davon entfallen auf die Kohlensteuer und die Fracht von Brüx nach Eger allein 49.000 Mark oder 52 Prozent. Dagegen betragen die gesamten Lohnkosten per zehn Tonnen nur 19.023 Mark oder 21 Prozent. Ähnlich ist es bei Falkenauer Kohle. Diese kostet ab Grenze 70.045 Mark, davon entfallen auf Kohlensteuer und Frachtkosten 31.542 Mark oder 44 Prozent, wogegen die gesamten Lohnkosten 16.524 Mark oder 23 Prozent betragen. Analog sind die Verhältnisse beim Export von Braunkohle nach Oesterreich. In Gmünd kostet die Brüxer Kohle 4.956.720 Kz, davon Kohlensteuer und Fracht 2.939.560 Kz, oder 40 Prozent, Lohnkosten 840.440 Kz, oder 17 Prozent. Die Falkenauer Kohle kostet in Gmünd 4.548.600 Kz, davon Kohlensteuer und Fracht 2.777.040 Kz, oder 60 Prozent, Lohnkosten 738.720 Kz, oder 16 Prozent. Ebenso kostet Karwiner Kohle in Komarno 353.680 ungarische Kronen, davon Kohlensteuer und Fracht 157.680 ungarische Kronen oder 44 Prozent, die gesamten Lohnkosten 76.000 ungarische Kronen oder 21 Prozent.

Aus diesen Beispielen, denen wir noch beliebig viele anreihen könnten, ergibt sich also, daß Fracht und Kohlensteuer 40 bis 60 Prozent des Preises ab Landesgrenze ausmachen, während die Löhne höchstens 16 bis 23 Prozent des Preises betragen. Mehr als die Hälfte des Kohlenpreises entfällt also auf staatliche Abgaben, nicht einmal ein Viertel auf die Löhne. Selbst wenn eine Senkung der Löhne um 20 Prozent, also um ein volles Fünftel vorgenommen würde, würde dies eine Verbilligung der Kohle um nur vier Prozent ausmachen, was auf ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber deutscher oder englischer Kohle von fast gar keinem Einfluß wäre. Dagegen würde eine Senkung der Kohlensteuer und der Fracht um 25 Prozent die Senkung des Kohlenpreises um etwa 15 Prozent bedeuten, was schon auf die Konkurrenzfähigkeit der Kohle den beherrschenden Einfluß hätte. Es würde deutschböhmische Braunkohle in Deutschland statt 94.000 Mark nur 80.000 Mark und in Oesterreich statt fünf Millionen Kronen nur etwa vier ein Viertel Millionen kosten. Man sieht also, das größte Hindernis für den Export, das größte Hindernis

damit für die Wüderung der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit ist niemand anderer als der Staat!

In den letzten Tagen wurde gemeldet, daß infolge des Rückganges der tschechoslowakischen und der Stabilisierung der Wiener Krone die Einfuhr von Braunkohle nach Oesterreich wieder eingeleitet hat. Wenn der Staat wirklich großzügige Wirtschaftspolitik betreiben würde, dann müßte er die eingeleitete Erleichterung benützen, um den Kohlenexport nach Oesterreich durch Heruntergehen mit der Kohlensteuer und durch Ermäßigung der Frachttarife zu forcieren. Tut er dies nicht, dann werden alle Staatsbürger wohl zu der Einsicht gelangen, daß die Aufrufe der Regierung hohle Worte sind und daß die Regierung unfähig ist, die katastrophalen Folgen der Krise von der Bevölkerung abzuwenden, daß sie unfähig ist, wirkliche Volkspolitik zu betreiben.

Inland.

Wie die Kommunisten ihre Opposition behandeln. Am Sonntag fand in Maffersdorf die Kreisversammlung der kommunistischen Partei statt, auf der Smeral ein lehrreiches Referat über die Taktik der Kommunisten in der Tschechoslowakei hielt. Es ist also den Kommunisten schon gelungen, aus den radikalen Reichenberger Arbeitern Smeralsche Opportunisten zu machen. Um dies zu erreichen, mußten sie die deutsche Sozialdemokratie spalten! — Bemerkenswert ist, daß der ausgeschlossene Zentralsekretär der Partei Jilek zur Konferenz gereist war, um als Smerals Gegenreferent aufzutreten. Ein Antrag des Delegierten Kubot (Köchlitz), man möge Jilek, der draußen wartete, die Teilnahme an der Konferenz gestatten, wurde, wie der Reichenberger „Vorwärts“ schreibt, mit „überwältigender Mehrheit“ abgelehnt. Trotzdem ist diese Vergewaltigung der Opposition, die sich die Kommunisten leisten, nicht gerade „überwältigend.“

Sie konnten zusammen nicht kommen... kann man bis jetzt auf Grund aller Nachrichten feststellen, welche hinsichtlich der Beratungen der einzelnen koalitierten tschechischen Parteien wegen Erschaffung der neuen Regierung in die Deffektivität dringen. Schon längst hieß es, daß das Parlament am 10. Oktober einberufen werde — bis heute sind die tschechischen Parteien nicht einmal übereingekommen, wen sie in das neue Kabinett entsenden werden. Nun wird wieder berichtet, daß nach den Beratungen der Parteien noch eine gemeinsame Beratung zwischen Masaryk, Benes und Srebla stattfinden solle. Selbst die „Narodni Politika“ läßt dabei folgenden Stoffschreiber aus: „Es wäre wahrhaftig traurig, wenn die koalitierten tschechischen Parteien, anstatt Disziplin, Loyalität und gegenseitiges Vertrauen zu beweisen, besonders unseren inneren Feinden das Bild der politischen Impotenz und Zerfahrenheit bieten würden.“

Noch einmal zur Herabsetzung der Staatsbeamtengehälter. Bekanntlich siegen gestern die tschechischen Nationaldemokraten durch das tschechische Preßbüro melden, daß nach zuverlässigen Informationen die in gewissen Blättern verbreiteten beunruhigenden Meldungen über die Herabsetzung der Bezüge der Staatsangestellten nicht auf Wahrheit beruhen. Wie viel Glauben dieser ganzen Nachricht zu schenken ist, geht aus folgendem hervor: Das „Rude Pravo“ erklärt, von informierter Seite zu wissen, daß ein Beschluß, betreffend die Herabsetzung der Staatsbeamtengehälter infolge Einfusses des Finanzministeriums hervorgerufen worden sei, welches gefordert habe, daß im Jahre 1923 15.645 Eisenbahnangestellte zu entlassen seien, wodurch angeblich 215 Millionen Kronen erspart würden. Die bemerkte das Blatt, daß die durchgeführten Abrechnungen weit mehr als 215 Millionen Kronen betragen: es entfallen dadurch in Wirklichkeit über 1000 Millionen Kronen. Daß die Regierung effektiv an einen Abbau der Staatsbeamtengehälter schreite, sei — so berichtet das „Rude Pravo“ weiter — aus einer Antwort zu erhellen, welche einer Deputation von Bankbeamten gelegentlich der Herabsetzung ihrer Bezüge erteilt worden sei: „Durch ein

solches Vorgehen (nämlich Abbau der Beamtengehälter) sollen die Verhandlungen der Regierung bei der Herabsetzung der Staatsbeamtengehälter erleichtert werden.“ — Wo liegt die Wahrheit verborgen? Wenn die Regierung Angst hat und sich etwa hinter verlogene nationaldemokratische „Versicherungen“ flüchtet, — glaubt sie dadurch vielleicht einer Gefahr zu entgehen? Sie möge dessen versichert sein, daß die Staatsbeamten auf der Hut und zur Abwehr gerüstet ist.

Liquidierung von Ministerien. Wie einer Meldung des „Slovensky Denik“ zu entnehmen ist, soll nicht nur das Ernährungsministerium, sondern auch das Ministerium mit Vollmachten für die Slowakei sowie das Unifikationsministerium liquidiert werden. Diese zwei letzten Ressorts werden angeblich zum letzten Mal besetzt werden. Den Hauptgrund dieser zwei Liquidierungen bildet die slowakische Gaueinteilung, welche, wie dasselbe Blatt berichtet, längstens am 1. Jänner 1923 in Kraft treten soll.

Der Feldzug gegen die deutschen Schulen.

Die tschechischen Machthaber ziehen gegen die deutschen Schulen zu Felde, seitdem sie das Staatsruder in Händen halten. Die Methoden wechseln, bald sind sie härter, bald behutsamer, aber das Ziel, durch Schwächung des deutschen Schulwesens den Nachwuchs zu entzweigen, bleibt unverändert. Dies immer wieder zu behaupten, könnte als ein billiger Angriff erscheinen und darum hat Dr. Bed-Manogetta etwas sehr Verdienstvolles geleistet, wenn er in seinem Referat auf der Gabelberger Tagung der deutschen Selbstverwaltungskörper das vorliegende Material nach allen Seiten durchleuchtete und die mangelnde Stichtätigkeit der verschiedenen tschechischen „Begründungen“ Punkt für Punkt nachwies.

Alles was die Behörden zur Rechtfertigung ihrer Droßelungspraxis anführen, erweist sich als schief, haltlos oder falsch, nur an dem traurigen Ergebnis ihrer Praxis ist leider nicht zu rütteln; daß von den eben noch knapp hunderttausend deutschen Volls- und Bürgerschulklaffen, die Böhmern vor dem Umsturz aufwies, ein volles Sechstel beseitigt worden ist. Daß Meißla und die Erben seines vandalisch-nationalistischen Zerstörergeistes so gute Arbeit leisten konnten, liegt an der völligen Machtlosigkeit der deutschen Sektion des böhmischen Landesparlamentes. Sie besteht, aber alle ihre Machtsprüche sind auf das tschechische Präsidium übergegangen und dieses entscheidet natürlich nach den Bedürfnissen der in Schuldingen autokratisch herrschenden Nationaldemokraten.

Die patentierten Schuldröhrer haben sich ein wohlausgedachtes System zugelegt, laut welchem ihr Kampf gegen das deutsche Schulwesen nur ein Ausfluß höherer nationaler Gerechtigkeit ist. Sie wollen angeblich nur gut machen, was das alte Oesterreich gegen die Tschechen sündigte, und wollen das „Gleichgewicht“ herstellen, dessen Erhaltung bekanntlich in der kleinen wie in der großen Welt Vorwand für alle Niederträchtigkeiten war und ist. Aber mit dem vorgeschützten Mangel eines Gleichgewichtes sieht es nach Dr. Bed-Manogetta windig aus. Dieser Mangel läßt sich nur dann als vorhanden behaupten, wenn man den vom Minister Scobar in der Schuldebatte vorgebrachten Zahlen Glauben schenkt, in Wahrheit aber sind sie falsch. Sie operieren nämlich größtenteils mit den Verhältnissen vom 31. Dezember 1919, berücksichtigen also die schlimmsten Früchte des Meißla-Regimes nicht. Rechnet man alle bis heute vorgenommenen Droßelungen der Volls- und Bürgerschulklaffen ein, so verteilen sich die rund 375.000 deutschen Kinder Böhmens auf 7278 Klassen, was einen Durchschnitt von 51,5 für die Klasse ergibt. Der Minister gab als tschechischen Klassendurchschnitt am 31. Dezember 1919 50,6 an und dieses Verhältnis hat sich noch, was jeder Freund der Volksbildung bekräftigen muß, seit damals beträchtlich verbessert. Denn Dr. Scobars Zahl ist auf eine Klassenmenge von 19.183 berechnet, senkt sich aber, wenn man erwägt, daß zu diesen 19.183 Klassen noch 570 neu errichtete

Minoritätsklassen hinzukommen. Mit dem Argumente also, daß die Tschechen den Deutschen gegenüber im Nachteil seien, darf man fortan nicht mehr kreben gehen. Will man so gerecht sein, wie man es zu sein vorgibt, muß man vielmehr die für die Tschechen erwachsenden Vorteile auch den Deutschen zukommen lassen.

Den Vorwurf der „Germanisierung“, den die Tschechen nicht ganz mit Unrecht gegen die altösterreichische Schulpolitik erheben, dadurch gutzumachen, daß man sie durch eine gewalttätige Tschechisierung ersezt, ist jedenfalls ein merkwürdiges Versehen und doch schlagen es die Schulbehörden ganz bewußt ein. Ihre Minderheitschulen sind zumeist, wollten sie sich auf die tschechischen Minoritäten in deutschen Gegenden beschränken, existenzunfähig. Sie bekommen eine notdürftige Schülermenge zusammen, indem deutsche Eltern durch Versprechungen oder Drohungen dazu bewogen werden, ihre Kinder in die Minoritätsschulen zu schicken. Das ist die korruptionistische und gewalttätige Reversseite zu dem zweiten beliebigen Argument der Nationaldemokraten von der zu reparieren Germanisierung im Gabelbergerstaat. Sie wird einmal durch die Tatsache illustriert, daß heute 3527 deutsche Kinder in tschechische und nur 3487 tschechische Kinder in deutsche Schulen gehen. Diese Zahl nimmt sich neben der Behauptung, bis zum Umsturz seien 50.000 tschechische Kinder in deutschen Schulen gefessen, recht merkwürdig aus. Wäre die letztgenannte anklagende Angabe richtig, so hätten die deutschen Schulen nach 1918 tatsächlich 50.000 Schüler verlieren müssen, aber sie verloren im Jahre 1919 nur 14.544. Stellt man daneben, daß der Schülerverlust der gleichen Anstalten 1917: 9.038, 1918: 13.437 betrug, so begreift man, daß seine Ursache nicht in Abwanderung aus nationalen Gründen, sondern im Geburtenrückgang und der größeren Kindersterblichkeit seit 1914 zu suchen ist. Wenn dem Schülerrückgang von 14.544 in deutschen Schulen die Besuchsziffer 22.666 der tschechischen Minoritätsschulen gegenübersteht, so läßt sich dieses gewalttätige Plus nur mit der Verpfändung tschechischer Kinder in deutsches Gebiet, nicht aber mit der heiligen Pflicht der „Entgermanisierung“ erklären.

Vor der kalten Objektivität der Zahlen, freilich der richtigen und nicht der Erbsarschen, zerflattern also die nationaldemokratischen Argumente wie welke Blätter im Winde. Es ist deshalb nötig, sie sich zu merken, damit man sie nächsten neuen Enstehungsversuchen entgegenhalten kann.

Ausland.

Schwedens innere Lage.

Auf die Parteiverhältnisse und die Volksabstimmung in Schweden werfen die Wahlen in die Provinzialräte, die unter außerordentlich schwacher Beteiligung stattgefunden haben, ein deutliches Licht. Diese Wahlen sind deshalb so wichtig, weil aus den Provinzialräten die erste Kammer gewählt wird. Die Parteien erzielten folgende Resultate: 200 Konservative (41 Gewinne), 68 rechtsgerichtete Bauernbündler (5 Verluste), 77 Liberale (41 Verluste), 194 Sozialdemokraten (15 Gewinne), 3 Linkssozialdemokraten (4 Verluste), 7 Kommunisten (4 Gewinne). Die Rechten erhalten also 258 Sitze (39 Gewinne) gegenüber 216 Arbeiterparteilern (15 Gewinne). Die Wahlen gestalteten sich also zu einer vernichtenden Niederlage der Liberalen, aber auch der Gewinn der Sozialdemokraten (15), ist an jenem der Konservativen (41) gemessen, gering, denn das ganz von den Liberalen abgefallene Bürgertum (41) ist, wie die Zahlenfolge zeigt, zu den Konservativen abgeschwenkt. Dieses wenig erfreuliche Ergebnis ist kaum geeignet, die Regierung des Genossen Branting zu stützen, der sich so wie so nur auf eine starke Minderheit der zweiten Kammer stützen konnte und darum mit einigen seiner wichtigsten Gesetzesvorlagen während der letzten Session in der Minderheit geblieben ist. Die bürgerlichen Parteien bereiten sich denn auch schon auf die Übernahme der Regierung vor und rechnen damit, daß die Verringerung der Wirtschaftslage und der Rückgang der Arbeitslosigkeit diese ihre Hoffnungen fördern werde. Auch in der

sozialdemokratischen Partei wird der Rücktritt Brantings erwogen, daneben aber, namentlich von den jüngeren Genossen, erörtert, ob nicht neuerliche Wahlen unter der Parole der Rüstungsbeschränkungen der Partei starken Zugang verschaffen könnten. Jedenfalls ist nicht zu erwarten, daß die Regierung Branting kampfflos das Feld räumen wird, ohne zu versuchen, das für die Arbeiterklasse segensreiche Wirken einer sozialistischen Regierung nach Möglichkeit aufrecht zu erhalten.

Verbandsstag der Metallarbeiter.

Dritter Verhandlungstag.

Am Montag gab Genosse Macoun unter Hinweis auf eine gestern gefallene Bemerkung eine eingehende Darstellung des Falles der ausgesperrten Klingerarbeiter.

Nach einer persönlichen Berichtigung des Delegierten Prade hielt Abg. Gen. Kaufmann das Schlusswort. Der Aufbau einer Organisation, die Ordnung der Arbeitsverhältnisse, die Erämpfung höherer Löhne, auf die unsere Organisation verweisen kann, das ist eine Tat; alles das, was bisher erobert wurde, kommt unseren Kindern zugute.

Die Kollektivverträge sind ein Stück Revolution und den Unternehmern ein Greuel. Eine verhungerte Arbeiterschaft ist für den proletarischen Bestrebungskampf unbrauchbar. In Rußland gilt die Vermeigerung, zu den diktierten Bedingungen zu arbeiten, als Verbrechen. Wir wollen das Haus, das wir uns gebaut, wohlich gestalten. Wir müssen daher das Fundament stärken, aber wir dürfen nicht an seinen Grundlagen rütteln, wir dürfen es nicht einreißen, um dann neu aufzubauen zu müssen. Wer in unserem Sinne wohnen will, muß zu seinen Erhaltungskosten beitragen und wer es verläßt hat in der Meinung, es zerstören zu können, dem werden wir den ferneren Zutritt verwehren! In dem Augenblicke, in dem die Angriffe in den kommunistischen Blättern gegen uns aufhören, werden wir uns nicht mehr im Nachhakt zur Wehr setzen müssen. Die bürgerlichen Parteien richten Arbeitererklärungen ein in einer Zeit, in der die Arbeiterbewegung zerrüttet ist. Die gegenseitige Treue, das Vertrauen der Volksgenossen zu ihren Vertrauensmännern muß wiederhergestellt werden und wir sind in allen Teilen unseres Verbandsgebietes auf dem besten Wege dazu.

Bei der Abstimmung wurde dem Vorstande einstimmig die Entlassung erteilt, ebenso wurden die vorgelegten Resolutionen angenommen, während die Beschlüsse der Vorstandskonferenz und der Beschluß auf Ausschluß von 17 Mitgliedern aus dem Verbandsrat mit 11 gegen 4, bzw. 5 Stimmen gutgeheißen wurden.

„Arbeiterrecht und Sozialgesetzgebung“

referierte Abg. Gen. Dr. Haas: Unsere Zeit ist charakterisiert durch den Kampf zwischen Kapital und Arbeit, die grundlegenden gesetzlichen Bestimmungen, auf denen das Arbeitsrecht basiert, stammen aber aus einer Zeit des überwundenen Kampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Es ist fast ausgeschlossen, sich in dem Geiste der arbeiterrechtlichen Bestimmungen auszukennen. Uns fehlt ein einheitliches Arbeiterrecht. Von den verstorbenen österreichischen Gesetzgebern haben wir nur das Schlichte übernommen und die neuen Gesetze sind schleppend gearbeitet, weil sie meist aus den Bedürfnissen einzelner Parteien entstanden sind. Wir haben noch die veralteten Gesetzbücher. Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten hat den Versuch gemacht, diese Schandzettel zu beseitigen, aber der eingebrachte Gesetzentwurf konnte bisher noch nicht auf die Tagesordnung des Parlamentes gesetzt werden. Wir haben arbeiterrechtliche Bestimmungen in den verschiedensten Gesetzen. Arbeitsverträge für jugendliche Hilfsarbeiter, für Bergarbeiter, im Gesetz betreffend die Regelleisten bei Eisenbahnen, im Handlungsgesetzbuch und wenn Fragen in diesen Gesetzen

Schmidt und Melchior Meyr, die österreichischen Kolpler August Silberstein, Josef Nankl und F. M. Felders Leute aus dem Böhmer- und Brennerwald, alle an Ruhm überstrahlend, die Schwärzwälder Auerbachs.

Er hat als erster, was ihn von seinen größeren Vorgängern Brentano, Pestalozzi („Gertrud und Vierzehn“), Zimmermann und Ludwig Scheide, die Kämpfe der Bauernseele zu klären darzustellen versucht, weil er das Getriebe des Dorfes, seine Sittengesetze und seine Lebensformen als den allseitig bedingten und bedingenden Komplex erfaßte, der es tatsächlich ist. Eine Menge von Kämpfen und Motiven ist von ihm geformt worden: wir finden bei ihm den Dorfeinsam, der mit Gott und der Kirche ringt, finden das Los des Ausgebürgerten, des Sündkinds und Abgestraften gestaltet, unglückverfolgte Sonderlinge und wüste Gestalten tauchen auf wie nur je unter einem Strohdach, und als Kalendermann verband Auerbach allmählich den gewissenhaften Lehrer des Volkes und den pöden Erzähler. Aber als Jude mitten unter Landbluten groß geworden, spürte er wohl die drängende Fülle des Details und das Besondere der Landschaft, doch er maß es nur an eigenen Wägungen und ewig reflektierenden Ich, darin aufzugehen vermochte er nicht. Und hier eben wurzelt der große menschliche und dann auch künstlerische Gegensatz zu Jeremias Gotthelf. Albert Bisius, wie er eigentlich hieß,

Die Dorsichtung.

Zum 4. Oktober 1922, dem 123. Geburtstag Jeremias Gotthelfs.

Jeremias Gotthelf, dessen Geburtstag sich heute zum hundertfünfundzwanzigsten Male jährt, ist vor und mit Angenruher der eigentliche Meister der Dorsichtung, wenn auch Berthold Auerbach als ihr Schöpfer am lautesten gepriesen wurde. In Wahrheit hat Auerbach den Bauern Dorsicht für den gebildeten Städter künstlerisch entdeckt, ihren Platz in der Dichtung haben sich die Landleute aber langsam und nach inneren Entwicklungsstufen erobert.

Schon das Mittelalter wußte sie poetisch zu verwerten: der Zeitgenosse Walthers von der Vogelweide, Heidehart von Reuenthal, verpötelte den Stolz des zu neuem Reichtum aufstrebenden Standes in bissigen Gedichten, Werner der Gartener stellte in der erschütternden Erzählung vom „Meier Helmbrecht“ das Ende einer Bauernfamilie dar, die im falschen Streben nach ritterlicher Art jämmerlich zugrunde geht. Später bemächtigte sich die Bühne des Bauern als einer willkommene Figur, um an dieser Kontrastgestalt die „Bildung“ des Städters ins hellste Licht zu rücken, oder damit er möglichst derbe Weise reife. So tauchte zu Beginn

des achtzehnten Jahrhunderts der „Sau- und Krautschneider“ Hans Wurst auf, der die Jade eines Salzburger Bauern trug, und er wie der „Bauerlehre vom Lande“ Kapuzinermönch waren dem Wiener nur dazu gut, in ihrer Unfähigkeit und Tölpelheit die eigene Bildungshöhe zu bespiegeln. Umgekehrt hatte der berühmte „Tholer Basl“ seine städtischen Verwandten vom Standeswahn zu heilen, indem sie sich schon dem Adel gleichhinkten, oder hatte Bauernmann „Versprechen hinterm Herd“ im Großstadtlam ein Jdhl hervorzuzaubern. Der Dorsichter hatte in allen diesen Fällen, Kaimunds „Millionerbauer“ Fortunatus Wuzel zutrop, nur im Gegensatz zum Bürger ein Daseinsrecht auf der Bühne, seine eigene Seele war noch nicht entdeckt.

Die fand sich selbst nur langsam und auf vielen Umwegen: in selbstbiographischen Schriften von Männern wie Ul Bräker („Der Mann im Tokenturg“) und Heinrich Jung-Silling, welche selbst entscheidende Seiten ihres Lebens nur aus ihrer ländlichen Alltagsabteilung vermochten und die darum die Dorsichtung liebevoll-aufmerksam festhielten; in den Wirklichkeitsstreuen Gemälden eines J. H. Vog („Luise“) oder J. P. Hebel („Schlagstein“), deren schlichter Naturismus Landschaft und Menschen als Einheit erfaßte und sie in ihrer wechselseitigen Bedingtheit darstellte; und schließlich in dem welthistorischen Kampfe um würdigere Da-

seinsformen des Bauern, wie ihn Jean Jacques Rousseau und Justus Möser literarisch einleiteten. Mit dem Fortschritt der Bauernbefreiung bekamen die Häusler, Adernkäse und all die Kleinen, die man bisher als einförmige Klasse zu sehen gewohnt war, soziale und politische Bestimmtheit, und je individuellerer Folge das Naturgefühl im Beginn des neunzehnten Jahrhunderts annahm, desto deutlicher tauchten aus dem Nebel des Unbestimmten die Umrisse von Persönlichkeiten und scharfgeschnittene Gesichter auf.

Es war ein neuer, jungfräulicher Boden, der sich hier der Kunst öffnete, und Erzähler und Dialektiker nahmen fröhlich von ihm Besitz. Damals erwies der „Brave Kaspar“ Brentanos und Zimmermanns „Oberhof“ — für die Erzählungskunst psalmsindend und nur dem „Meier Helmbrecht“ vergleichbar — das Dorf und die bäuerliche Vorstellungswelt als Keimstätte ganz besonderer und doch menschlich tief erschütternder Konflikte. In der nächstfolgenden Generation brachte Honoré de Balzac der Dorsichtung künstlerische Vervollkommnung im Sinne des Realismus, seine Vöndmännin George Sand schenkte ihr manches neue Motiv, und eine stattliche Menge deutscher Dichter schuf die notwendige landschaftliche Biersardigkeit. So traten zu Zimmermanns Weitsalen die hellen Thüringer Otto Ludwigs („Die Heiterkeit“), die Bayern von Hermann von Schmid, Maximilian

geregelt werden, gilt die Gewerbeordnung und das bürgerliche Gesetzbuch. In der tschechoslowakischen Republik wurden Gesetze geschaffen, die die Verhältnisse der Hausbesitzer und der Heimarbeit regeln, das Arbeitsbuch abschaffen usw., aber eine durchgreifende Regelung haben wir nicht zu verzeichnen. Das Gesetz über den Achtstundentag wurde von der Regierung selbst durchschleudert. Das Gesetz über Betriebs- und Kevierkräfte im Bergbau ist nicht gut, aber immerhin ein Fortschritt. Doch die Durchführungsvorordnung, die ein halbes Jahr später erschien, hat das Gesetz sehr stark eingeschränkt. Das Gesetz über die Betriebsauschüsse ist die Karikatur dessen, was man sich unter einem solchen Gesetz vorstellen kann. Daneben gibt es Gesetze über die Kinderarbeit, Arbeiterurlaub im Bergbau, über die Gewinnbeteiligung, Bergbauschiedsgerichte, die Bestimmungen der §§ 1154b und 115, das Gesetz über Arbeitsschiedsgerichte, das, weil wir erklären, es sei verfassungswidrig, durch das Terrorgesetz ersetzt wurde. Der Einzelvertrag wird immer mehr durch den Kollektivvertrag ersetzt, der entstanden ist aus der Ueberzeugung, daß der zusammengefaßten sachlichen Macht des Unternehmertums gegenübergestellt werden muß die Macht der Arbeitskraft. Wir brauchen daher ein Kollektivvertrags-Gesetz, der Schutz der Jugendlichen und Frauen ist mangelhaft. Der Betriebsratsgehalt wurde durch die Gesetzgebung gesenkt. Sehr un bequem ist den Unternehmern der § 1154b, gegen den sie jetzt Sturm laufen. Die Zuständigkeit der Gewerbebehörde muß auf alle Arbeitsverhältnisse ausgedehnt werden. Am Ende eines jeden Bezirksgerichtes muß ein Gewerbegericht bestellt werden. In der Entwicklung des Arbeiterrechtes ist ein wesentlicher Fortschritt nicht zu verzeichnen, weil die nationalsozialistische Ideologie breiter Schichten es verhindert, daß die Arbeiterschaft sich des Gegenjages zwischen den ökonomischen Bedingungen des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens und den geltenden Gesetzen bewußt wird. Es ist die größte revolutionäre Aufgabe der Arbeiterbewegung, das Bewußtsein der Arbeitermassen zu wecken.

Die vorgeschlagene Resolution, in der die Forderungen der Arbeiterschaft niedergelegt sind, fand einstimmige Annahme.

In der Nachmittags-Sitzung begrüßt Hansen-Dänemark die Tagung. In seiner Darstellung der dänischen Verhältnisse verweist er darauf, daß 99,5% der Berufsgenossen organisiert sind.

Wirtschaftskrise und Lohnkämpfe.

Der Referent Gen. Bretsch gab zunächst eine Darstellung der Krise und ihrer Ursachen. In vielen Beispielen zeigt Redner die Wirkungen der Zoll-, Fracht- und Steuerpolitik, die die Leistungsfähigkeit der Industrie beeinträchtigen und beschäftigt sich dann mit den Angriffen auf den Achtstundentag und die Löhne. Die Arbeiterschaft kann nicht wie vor dem Kriege auswandern, dafür wundert die Industrie aus. Das bedeutet, daß wir die Nachbarländer als Absatzgebiete verlieren. Die Kaufkraft der Krone im Ausland ist um dreifache gefallen, viele Artikel sind aber im Inlande weit teurer als im Ausland. Der Anteil des Lohnes an den Produktionskosten ist gefallen. Jetzt wollen die Unternehmer die Löhne abbauen und sie verfrachten. Dabei die Organisation auszuhebeln. Nehmt unsere Organisation die Prüfung abzugeben. Wenn erklärt wird, daß wir den Kampf aufnehmen sollen, dann müssen wir die Bedingungen für dessen Gelingen untersuchen. Nicht nur die Unmöglichkeit, einen solchen Kampf zu finanzieren, sondern auch die Verhältnisse in den Organisationen lassen äußerste Vorsicht geboten erscheinen. Es wird versucht werden, die Arbeiter zu provozieren, weshalb strengste Disziplin geboten ist. Wir hoffen, die Krise überwinden zu können und müssen alles tun, um die Organisation über die schwere Zeit hindüberzubringen.

In der Debatte begründet Baumgartl-Rothau einen Zusatzantrag, der die Mitwirkung der Regierung an der Krise feststellt, die sofortige Einberufung des Parlamentes und die Berücksichtigung der deutschen Gebiete bei Notstandsarbeiten verlangt. Es sprechen noch Friedrich-

Bodenbach, der sich mit dem Lohnabbau beschäftigt, Abg. Neeger, der auf die Untätigkeit der Regierung verweist, die nicht einmal das tut, was sie selbst in Aussicht gestellt hat. Er beantragt, daß sich der Verbandstag hinter die Forderungen des Gewerkschaftsbundes als Antwort auf die Regierungserklärung stellt. Stadler-Romolan geht auf die eigentlichen Ursachen der Krise, auf die Gewaltfriedensverträge von Versailles und St. Germain ein. Gen. Macoun betont, daß die Regierungserklärung ungenügend ist. Die Verhandlungen mit den tschechischen Organisationen haben zur Aufstellung der bekannten Forderungen geführt. Daß die verlangte Einberufung des Parlamentes bisher nicht erfolgte, zeigt den überwiegenden politischen Einfluß der tschechischen bürgerlichen Parteien. Der Lohnabbau darf nicht eine Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiter mit sich bringen.

sondern muß dem Preisabbau angepaßt werden. Nach dem Schlußwort des Gen. Bretsch wird die vorgeschlagene Resolution nebst Zusatzanträgen angenommen.

Dann berichtete Gen. Stadler für die Mandatsprüfungskommission, daß auf der Tagung 107 Delegierte und 52 Gäste, mithin 150 Teilnehmer anwesend sind.

Schluß der Sitzung 7 Uhr abends.

Viertes Verhandlungstages.

Nach Eingang in die Tagesordnung sprach Genosse Weigelt über die Betriebsauschüsse und die Voraussetzungen für ihr erfolgreiches Wirken, dann der internationale Metallarbeitersekretär XII aus Bern über unsere internationalen Beziehungen.

Der Nachmittag war der Besichtigung verschiedener Industrieanlagen gewidmet.

Wirtschaftskrise und Teuerung.

Wie die Regierung das Fleisch verteuert.

Ein Beispiel, wie die Regierung die pfäfflichen Traktanden, welche sie als Mittel im Kampf gegen die Teuerung anwendet, selber beherzigt, diene folgendes: Ein Kilogramm Geflügelfleisch kostet ab Hamburg gegenwärtig etwa K 6.50. Von diesem Fleisch sind folgende Abgaben an den Staat zu entrichten: Zoll 92 Heller, Umsatzsteuer 35 Heller, Fleischsteuer 20 Heller, zusammen nicht weniger als K 1.47. Mit anderen Worten: 22% des Fleischpreises müssen dem Staat an Abgaben entrichtet werden. Das ausländische Fleisch könnte, wenn der Staat diese unfinnigen Verbraucherabgaben nicht erheben würde, um K 1.47 billiger sein, wodurch auch das inländische Fleisch naturgemäß billiger würde, weil ja das ausländische Fleisch als Konkurrent auf dem inländischen Fleischmarkt erscheint. Selbst wenn der Staat von einem Kilogramm Fleisch Abgaben von 47 Hellern erheben würde, könnte der Preis des Fleisches im allgemeinen um eine Krone niedriger sein. So schaut in Wirklichkeit der Preisabbau aus, den die Regierung betreibt!

Arbeiterfeindliche Lokalbehörden.

Wie sich die Bürgermeisterämter und die Bezirksvertretungen von Leitmeritz, Lobositz und Ausha um die Arbeitslosen kümmern, kann wieder einmal drastisch dargestellt werden: In Leitmeritz hat das Sekretariat des deutschen Bauarbeiterverbandes an die genannten Ämter am 22. September l. J. das schriftliche Ersuchen gestellt, dem Sekretariat umgehend alle in Aussicht genommenen und auch bereits projektierten Notstandsarbeiten bekanntzugeben, weil die Bauarbeiterorganisation diese Unterlagen für eine Intervention bei der Regierung zur Erreichung entsprechender Subventionen benötigt, damit die Städte und Bezirke diese Arbeiten als Notstandsarbeiten ausführen können, wodurch die Arbeitslosen Beschäftigung erhalten können. Das Sekretariat des deutschen Bauarbeiterverbandes rechnete damit, daß die genannten Ämter sofort bereit sein werden, die gewünschten Daten zu senden, zumal die Vertreter dieser Ämter am 13. September l. J. in einer Sitzung bei der Bezirkshauptmannschaft in Leitmeritz erklärten, daß sehr viele Notstandsarbeiten auszuführen wären, doch hätten die Städte und Bezirke kein Geld und die Arbeiten könnten nur ausgeführt werden, wenn die Regierung helfe. Da aber auch die Regierung in ihrem Anruf gegen die Wirtschaftskrise davon spricht, daß sie bereit sei, Arbeiten, die im öffentlichen Interesse liegen, zu fördern, so wäre die Gelegenheit da, zu versuchen, Staatshilfe zu erlangen, um die Arbeitslosigkeit wenigstens ein-zuschränken. Aber leider hat das Bauarbeitersekretariat von den Bezirksvertretungen Ausha, Leitmeritz und Lobositz und vom Bürgermeisteramt in Leitmeritz keine Antwort erhalten, womit die Herren neuerdings beweisen, daß sie für die Arbeitslosen nur Phrasen übrig haben. In Wirklichkeit wollen sie den Arbeitslosen gar nicht helfen. Geantwortet hat nur das Bürgermeisteramt in Lobositz. Allerdings ist diese Ant-

wort auch keine Antwort, denn es wird bloß mitgeteilt, daß die Modelbachreinigung mit einem Kostenaufwand von 19.000 Kronen vorgenommen wurde und daß etwas zu pflastern wäre. Aber wo, wie und was, und ob sonst eine Arbeit in Aussicht genommen oder projektiert sei, darüber schweigt sich das Lobositzer Bürgermeisteramt aus, obwohl an dasselbe die bezüglichen Fragen gerichtet wurden. Nun ist die Modelbachreinigung aber fertig und mit 19.000 Kronen kann keine Abhilfe geschaffen werden, wenn viele hunderte Arbeitslose da sind. Von einem Lohnmünzischen Bürgermeister, wie ihn Lobositz hat, haben die Arbeiterlosen eine andere Antwort erwartet. Das Bürgermeisteramt in Ausha hat wieder bloß angefragt, ob es auch als Notstandsarbeit angesehen werden kann, wenn eine große Wiesenfläze verpflanzt ist und urbar gemacht werden würde. Sonst weiß dieses Amt nichts. Es weiß nur, daß es überhaupt nichts weiß und daß es sich mit Arbeitslosigkeit und Notstandsarbeiten noch sehr wenig den Kopf zerbrochen hat. Das Bauarbeitersekretariat wird die Herren auf ihre Pflicht noch einmal erinnern.

Der Lohnabbau.

In sämtlichen Textilbetrieben des Reichenberger Vertragsgebietes wurde ein Plakat angehängt, in dem den Arbeitern bekanntgegeben wird, daß die Textilindustriellen des Vertragsgebietes den Beschluß gefaßt haben, mit Beginn der nächsten Lohnwoche die Teuerungszulage von 160 Prozent auf 100 Prozent herabzusetzen, was einem effektiven Lohnabbau von 23 Prozent entspricht. — Den Textilarbeitern, die zu den schlechtest entlohnten Arbeitern gehört haben, wird also von dem wenigen noch etwas genommen.

Auch die Brüner Metallindustrie haben die Kollektiv-Verträge zum 1. November gekündigt. Sie schloßen einen neuen Kollektiv-Vertrag vor, in dem sie die Herabsetzung der Teuerungszulagen von 165 auf 65 K, das sind nicht weniger als 38 Prozent der Gesamt-löhne, vorschlugen. Ferner die Herabsetzung der Löhne für Ueberstundenarbeiter, und zwar bis 22 Stunden um 75 Prozent, über 22 Stunden und bei Sonntag- und Feiertagsarbeit um 50 Prozent. — Wie man sieht, kennt der Uebermut der Unternehmer keine Grenzen mehr. — Der Zentralverband der Industriellen (Ortsgruppe Bitten) hat den am 31. Oktober abzulaufenden Kollektiv-Vertrag gekündigt, da eine 2prozentige Herabsetzung der bisherigen Löhne einschließlich aller gültigen Zulagen erfolgen soll. Als Kündigungsgrund wird die Krise in der Metallindustrie und die Konkurrenzunmöglichkeit angegeben.

Entlassungen in der Textilindustrie.

Karlshof, 3. Oktober. (Eigenbericht.) Die Direktion der norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarntspinnerei in Reudel hat dem Betriebsauschuss und der Organisation der Textilarbeiter die Mitteilungen gemacht, daß sie infolge Mangels an Aufträgen gezwungen sei, am Montag, den 9. d. M., mit der Entlassung von ungefähr 1200 Arbeitern zu beginnen.

Tages-Neuigkeiten.

„Es ist drei Uhr“.

Von Fritz Oberländer (Wien).

Im Bergwerk von Jackson in Kalifornien wurden 47 Bergleute 4000 Fuß unter der Erde von Kohlengasen übertrasselt und erstickten in einem Gang, nachdem sie vergebens versucht hatten, das Gas durch Barrikaden abzuwehren. An dem Leichnam eines Bergmannes fand sich ein Fesselpapier befestigt, auf dem die Worte getrigelt waren: „Es ist drei Uhr, und das Gas kommt immer stärker“.

„Es ist drei Uhr — das Gas kommt immer stärker“ — Des Todes Schatten senken sich herab. Ein Stunden täglich war der Schacht auch Kerker, nun seid ihr frei. Der Kerker ward zum Grab.

Die Schicht beginnt. Glück auf! Nun fahrt zur Grube. Nah ist's von da zum Grab. Ein einziger Laut. Bejahrter Häuer, Jüngling, Mann und Weib, man singt früh an. Nach dem Verdienst geschaut!

Nacht, auf dem Rücken, auf geneigter Fläche habt ihr vom Holz auch Brot, dem Herrn Profit. Dem Herrn des Bergwerks front ihr. Sein die Feste und ihr bezahlt sie. Erst der Tod macht quillt.

Die Rothschild, Guntz und Weimann und die Sie haben's warm. Die Dividende steigt. Der Arme friert. Sie freun sich des Gewinnes. Der Häuer atmet schwer. Die Grube schweigt.

— Spürt ihr's? Das Grubenlicht zuckt hinterm Glaste — Der Feind läßt Gas ab. Wagt ihr's noch vom Ariege? Zah! ihr sie, blauvergerzt, erstickt am Gase, am Gas, das von der Gasgranate flieg?

Nicht ist mehr Krieg, Doch die ins Gas euch trieben. Sie jagen neu euch vor das Gas. Nur mit! Der Menschheit Schühengraben sind geblieben. Für euch der Gostel. Ihnen der Profit.

Gasangriff macht Natur. Luft! Ach erstickt! Sie tapfen weiter. Nacht. Der Gang hört auf. Gift, Barrikade! Gas durch jede Lücke — Feuchtschlische Wand. Sie drängen sich jubaus.

— Sind alle da? — Es fehlen siebenundvierzig — Die Ketter kommen. Schneller kam das Gas. Ein Anäuel nackter Leiber. Er entwirrt sich. Ein Wisch Papier. Der eine Ketter laß:

„Es ist drei Uhr — das Gas kommt stärker“ — Bergen wie jetzt die Zeichen. Angefaßt. Gott helf. Das Weibsvoll heult an siebenundvierzig Särgen —

— Es ist drei Uhr. Wann schlägt es endlich Zwölff?

Eine bereitwillige Bezirksverwaltung. Gegenüber dem Direktor der Bezirkskrankenkassa in Königinhof a. E. wurde von der Staatsanwaltschaft die Untersuchung wegen eines Strafdelictes eingeleitet: dieses Strafdelict hätte auch nach den geltenden Dienstvorschriften Gegenstand der Verhandlung der Disziplinarkommission sein sollen. Ueber Beschluß der Verwaltungskommission hat der antretende Obmannstellvertreter der Klasse den Direktor vorübergehend bis zur Erledigung des Strittes von der Dienstleistung suspendiert. Der Direktor, dessen Tochter Beaumtin bei der politischen Bezirksverwaltung ist, verweigerte jedoch die Uebergabe der Kassagelder an seinen Vertreter und erreichte es vermöge seines Einflusses, daß die politische Bezirksverwaltung die Verwaltungskommission der Bezirkskrankenkassa auflöste. Eine Untersuchung des Delictes, dessen der Direktor beschuldigt wird, ist damit unmöglich gemacht worden. Sache der berufenen Organe ist es nun, die ganze anrüchliche Affäre nicht vollständig vertuschen zu lassen. Die „Zweymont“ schreibt zu diesem Verfall: „Das Vorgehen des Bezirkshauptmannes von Königinhof in dieser Angelegenheit ist unerhörte und ist Gegenstand amtlicher Erhebung.“

Zur Aufstellung des Prachtlicher Gymnasiums. Aus Prachatitz ist uns ein offener Brief an den Schulminister Dr. Srobar zugekommen, in dem

wurde am 4. Oktober 1797 im Pfarrhaus Murtten (Anton Bern) geboren, wurde Pflar und starb nach zwanzigjähriger glücklicher Ehe als Pfarrer von Lühlfisch im Emmental. Einfach wie sein Leben war sein Dichten, einfach und männlich. Er übte es nicht als Zeitvertreib müßiger Stunden, sondern um seine Pfarrer und die Menschheit jene Sittlichkeit zu lehren, die ihm selbst als Ideal vorschwebte, die Ethik eines konfessionellen, im kirchlichen Christentum verankerten Bauerntums. Was ihm selbst Lebensbedingung war: das Land mit seiner guten alten Art, wollte er erhalten wissen, ihm galten die biblischen Bilder, die er mit wundervoller realistischer Treue entwarf, und aus dieser seiner Liebe floß sein Haß gegen alles, was ihm das gute Alte zu gefährden schien. So bekämpfte er nicht nur das wirklich Schlechte, sondern auch die verschiedenen Entwicklungsstadien, die damals sichtbar zutage traten, also den entstehenden Kapitalismus, die scharfe Herausbildung der Klassenunterschiede, den sich anbahnenden Weltverkehr, das Maschinenzeitalter usw.

Nicht durch, sondern trotz dieser Tendenzen ward Gottfries nach Gottfried Kellers maßgeblichem Wort „das größte epische Talent, welches seit langer Zeit und vielleicht für lange Zeit gelebt hat“, und das wird jeder zugeben, der, in allem Widerspruch zur Teilnahme fortgerissen, „Lili der Knecht“ und „Lili der Bäcker“, „Die schwarze Spinne“, „Käthi die Groß-

mutter“, Hans Jeggeli“ und „Lisi, die seltsame Magd“ liest. Denn man wird kaum einen zweiten deutschen Dichter finden, der mit solcher Selbstverständlichkeit in der Welt, die er schildert, zu Hause ist, dem Erleben und Darstellen, Individuum und Milieu, Wort, Gefühl und Handlung derart eine einzige große Einheit bedeuten. Wohl drängt er sein eigenes Meinen allerorts störend und Andersgefinnte zur Opposition reizend hervor; wohl ist ihm das Gebot, nach künstlerischen Grundsätzen zu komponieren, etwas Fremdes, ja Verhaftes. Aber in ihm lebte dafür das unabwiesbare Bedürfnis, die Wahrheit zu geben, es ließ ihn wilde Leidenschaften zeichnen und der Bestie im Menschen furchtlos ins Auge schauen. Seine Welt ist von Stürmen durchtobt, im Ernst und Scherz rau wie der rauhe Boden, aus dem sie aufwächst, hart und schneefall oft wie die Bergriesen ringsum. Ein poetischer Jyffop, stürmte er die Bausteine, seiner Erzählungen wie Felsen übereinander, sie zu behauen fiel ihm nicht bei, außer, wenn er eine Lehre an ihnen demonstrieren wollte. Deshalb war denn auch seine Blaufülle und grenzenlose Erzählerkraft am Ende seiner Laufbahn wie zu deren Beginn eine urwüchsig ungepflegte Naturgabe.

Angengruber, der jüngere Meister der Dorfgeschichte, hat im Gegensatz zu Gottfries nicht angelehrt, künstlerisch an sich zu arbeiten. Zwischen Erstlingsversuchen wie dem „Gänsefiesel“

und Höhenwerken wie dem „Einsam“ oder dem „Ziersteinhof“ liegt eine ganze Welt und die Linie der Entwicklung ist gerade eine umgekehrte, wie bei dem Schweizer. Je reifer Angengruber ward, desto mehr drängt er die Tendenz, sein eigenes Wollen und Meinen zurück, der „Ziersteinhof“ ist geradezu ein Musterbeispiel hoher, Licht und Schatten gleichmäßig verteilender Objektivität. Um dieser schlichten Sachlichkeit willen stellt die Geschichte der Helene Jindoch wohl den Höhepunkt dörflicher Erzählungskunst dar, auch Rosseggers beste Schöpfungen reichen an dieses voll angetragene Geübte nicht heran. Ueberhaupt liegt Rosseggers Stärke nicht im Aufbau eines dichterischen Ganzen, sondern in dem wundervoll echten Detail und sein Bestes ist die Lyrik des Erlebten, die in allen Gestalten mitschwingt.

Der Erfolg, der Rossegger zuteil wurde, hat der von ihm vertretenen Gattung nicht wohlgegan. Breite und Seichtheit rissen in der Dorfgeschichte, die eben von Gottfries und Angengruber aus den Niederungen emporgehoben worden war, bald wieder ein, man priore die Meister und las — Ganghofer, den Bruder der Marlit. Und doch gab es auch nach Angengruber und Rossegger noch starke Köpfer, um nur in der Heimat der beiden zu bleiben, die Ebner-Eschenbach und J. J. David. Die „Dorf- und Schloßgeschichten“ der einen und des andern „Hanna“ werden noch lange einen Ehrenplatz in der Literatur behaupten, und wenn man der Bedeutung

der Gattung gerecht werden will, darf man nicht vergessen, daß der größte Erfolg der Erzählungskunst seit 1900, Frenschens „A r u u h l“, auch eine Bauerndichtung ist.

Freilich liegt der Pflege der Dorfgeschichte eine Gefahr nahe, für die schon Gottfries Schaffen bezeichnend ist: daß sie den Blick verengt und nach rückwärts richtet, daß die Reaktionen sie bewußt verwenden, um Seelen für sich einzufangen. Daß diese Befürchtung nicht aus der Luft geriffen ist, dafür ist die Bewegung der Heimatdichtung Zeug, die um 1900 von Fritz Lienhard und Adolf Bartels inaugurirt wurde. Sie brachte manches Rechte, dichterisch Wertvolle hervor, wurde aber doch der Hasen, in dem alles Beschränkte, Kleine und Westabgewandte flüchtete. Dichter zehnten Ranges „wurden“ etwas, weil sie sich als Dichter der „Daide“ oder des „Hergebirges“ fühlen durften, der „Luft der Ställe“ begann als mehr zu gelten, denn das Große, Allmenschliche. Bei diesem Anflug vermag jemand, dessen Blick aufs Ganze gerichtet ist, nicht mitzutun. Der Dorf- und Heimatdichtung der Blah, der ihr gehört: als Zweig am großen, weitverästelten Baume der Poesie! Will sie mehr sein und macht sie sich, so die Entwicklung hemmend, Führerstellung an, so wird sie zum Schablonen und fordert umso mehr zum Widerspruch heraus, als der politische Rückschritt solchen Ansprüchen Pate steht.

Dr. Alfred Kleiber g.

es heißt: Sehr geehrter Minister! Bevor Sie aus dem Amte scheiden, hat Ihnen die Prachatitzer deutsche Öffentlichkeit, in deren Namen wir schreiben, eine kleine Rechnung zu präsentieren, nicht in Geld, aber in sittlichen Werten! Herr Minister! Der von Ihnen unterzeichnete Erlass vom 8. Juni 1922 hat das Prachatitzer deutsche Staatsrealgymnasium durch Schließung von fünf Klassen zur Auflösung bestimmt; befristet wurde diese Maßnahme in einem Ministererlass anfangs Juni d. J. und mit angeblichem Schülermangel begründet. Herr Minister! Sie haben zu wiederholtenmalen vor und nach dem 8. Juni den Abordnungen von Prachatitz sowie den intervenierenden Parlamentariern zugesagt, vor einer endgültigen Entscheidung der Frage, sich mit unseren Vertretern ins Einvernehmen zu setzen. Sie haben weiters bereits nach dem 8. Juni versichert, daß die Entscheidung noch nicht gefallen sei. Bis dann am 24. Juni das telegraphische Verbot der Aufnahmsprüfungen eintraf! Und am 26. Juni desavouierten Sie der Prachatitzer Abordnung gegenüber den Ministerialrat Hrazdil, der sich auf den Ministerialratsbeschuß berief, wußten nichts vom Ministerialrat und Verbot der Aufnahmsprüfungen und stellten das erwähnte Telegramm als „Eigenmächtigkeit“ des Herrn Hrazdil hin. Sie versprachen telegraphisch die Vornahme der Aufnahmsprüfungen, bei genügender Schülerzahl die Eröffnung der ersten Klasse zu gestalten. Doch kaum war die Abordnung heimgekehrt, fand sie zwei Ueberraschungen vor: Erstlich erhielt das versprochene Telegramm (das übrigens die Parlamentarier erst irritieren mußten), einen Zusatz, den Sie zu erwähnen wahrscheinlich vergessen hatten: „den ausgenommenen Schülern ist aber keine Gewähr geboten, daß sie ihre Studien auch wirklich an der Prachatitzer Anstalt aufnehmen können.“ Und zweitens war der von Ihnen am 8. Juni unterzeichnete Erlass am 28. Juni, ausgerechnet am Tage des Schlußjahres, hier angelangt, der die Sperrung der 1., 5., 6., 7. und 8. Klasse der Prachatitzer deutschen Mittelschule verfügte und Gebäude, Einrichtung und Lehrmittelsammlungen, (letztere übrigens Eigentum der Stadtgemeinde!) der Prachatitzer tschechischen Anstalt überließ.

Herr Minister! Ist es möglich, daß Sie am 26. Juni von diesem Erlasse, den Sie am 8. Juni verfügt und unterzeichnet haben, nichts wußten?! Diese Frage Ihnen vorzulegen, war uns nie mehr möglich, da Sie von diesem Tage an unseren Abordnungen nicht mehr erreichbar waren. Einer einzigen, die Ihnen bis Přeburg in den Urlaub nachfuhr, gelang es, mit Ihnen selbst zu sprechen; und dieser letzten Abordnung, die am 24. Juli bei Ihnen in Přeburg vortrat, sagten Sie den Aufschub der mit 1. August d. J. anberaumten Durchführung des Erlasses und die neuerliche Ueberprüfung der ganzen Frage durch den Ministerialrat zu. Und wieder trat statt des versprochenen Aufschubes die telegraphische Weisung zur sofortigen Durchführung des Erlasses ein. — Unterzeichnet ist der offene Brief vom Deutschen Verein für Prachatitz und Umgebung. Hiezu wird noch berichtet: In der außerordentlichen Gemeindefestung am 10. August, in welcher die Beschlüsse an den Verwaltungsratspräsidenten beschloffen wurde, wurde eine Kundgebung der tschechischen Minderheit verlesen, die die Lebensfähigkeit der deutschen Mittelschule aus einem „historischen Rückblick zu beweisen und damit die Auflösung zu begründen suchte. Die Kundgebung gab in ihrer Einleitung zu verstehen, die Auflösung der deutschen Mittelschule wäre nur die Antwort auf die angeblich reißlose Verweigerung der tschechischen „Mindeforderungen“; damit bekennt sich die tschechische Minderheit selbst als Urheberin der Auflösung.

Ein Verbot antireligiöser Agitation. Der „Cas“ teilt mit, daß der Landesschulrat einen Erlass veröffentlicht habe, in welchem den Lehrern jedwede antireligiöse Agitation untersagt wird. „Agitation gegen die Religion“ ist ein Begriff mit sehr weitem Umfang und man kann sich vorstellen, wie in dieser Richtung gehandelt werden wird. Beispiele aus dem alten Oesterreich, dem man wieder einmal gefolgt ist, haben den auf Grund solchen Erlasses geübten Terror der Alerikalen zur Genüge erwiesen. — Es lebe die Demokratie!

Ein lächelndes Blatt! Die „Abwehr“ vom 26. September brachte die Meldung, daß in Lichtenberg am 24. September eine Glodenweihe stattgefunden habe. Die Warnsdorfer christlich-soziale „Volkszeitung“ jedoch scheint eine eigene, man könnte sagen „vorausschauende“ Berichterstattung zu haben. Denn in diesem Blättchen stand bereits am 19. September zu lesen:

Niedergrund (Glodenweihe). Im nahen Lichtenberg fand am 17. d. M. vormittags in feierlicher Weise die Weihe der neuen Ortsglocke statt, die mit Festzug und Feldmesse verbunden war. Sehr viele Bewohner des Ortes und der Umgebung nahmen an der Feier teil, da ein ausnahmsweises Wetter an dem Tage herrschte.

Die Bevölkerung von Lichtenberg versichert, daß die Glodenweihe tatsächlich am 24. September stattgefunden habe. Uns bleibt daher nichts anderes übrig, als die äußerst rasche Berichterstattung der „Volkszeitung“ in gebührender Weise zu bewundern. Oder sollte vielleicht der Bericht nur aus Versehen bereits eine Woche früher ins Blatt gekommen sein, da er ohnehin schon im vorhinein fertig sein mußte? Bei dem Blatte ist alles möglich, auch eine Berichterstattung im vorhinein.

Eine Bestie in Menschengestalt. Seit über 15 Jahren spricht man in Komorn davon, daß der Besitzer des Kaffeehauses „Othlon“ und des Kinos „Apollo“ in Komorn, ein gewisser Rudolf Maiz, jungen, kaum dem Kindesalter entwachsenen Mädchen nachstelle und sie zu verführen trachte. Maiz pflegte am Nachmittage den vor dem Kino einherpromenierenden Mädchen aufzuspüren, sie dann ins Kino zu locken, wo er sie erbarmsungslos vergewaltigte. Den Kindern — denn neun- bis zehnjährige Mädchen kann man nichts anderes nennen — gab er dann eine Krone als Belohnung (!). Vor einigen Wochen kam die ganze Skandalaffäre ans Tageslicht, da zwei von Maiz vergewaltigte Mädchen sich im Streite die Schandakten ihres Verführers vorwarfen. Die Eltern der beiden Mädchen erstatteten bei der Polizei die Anzeige und es wurde gegen Maiz das Verbrechen eingeleitet. Der Wüstling entfloh jedoch nach Ungarn und lehrte erst nach einigen Tagen zurück, da er annahm, daß sich die Sache inzwischen mit Hilfe seiner Advokaten „geregelt“ hatte. Die Polizei verhaftete ihn aber und der Staatsanwalt machte ihm den Prozeß. Doch Maiz versuchte nun durch Bestechungen der Eltern seiner Opfer, günstige Zeugenaussagen für sich zu erzielen, was ihm auch gelang. Die eine Mutter nahm vom Advokaten Dr. Raab 5000 Kronen und verleitete ihre Tochter dazu, vor Gericht auszusagen, daß Maiz nicht ihr Vergewaltiger sei. Die andere Mutter nahm zwar auch die 5000 Kronen, doch ihre Tochter blieb auch bei der Gerichtsverhandlung fest bei ihrer Aussage, daß Maiz jener Mann sei, der sie ins Kino gelockt und dort vergewaltigt habe. Da somit widersprechende Zeugenaussagen vorlagen, wurde Maiz am 28. August vom Gericht freigesprochen. Jetzt wurde aber die Sache von der Komorner Zeitung „Nitrado“ und von der kommunistischen Lokalorganisation weiter verfolgt, und der ganze Bestechungsschwindel des Maiz wurde aufgedeckt. Die Bestechungssummen wurden von den beiden Müttern zurückgegeben und bei Gericht hinterlegt. Maiz roch jedoch den Braten und verließ wieder nach Ungarn. Trotzdem nun beide Mädchen gleichlautend gegen Maiz ausgingen und auch die Mütter die Bestechungssumme durch Maiz zugaben, hat es die Staatsanwaltschaft von Komorn, wie das „Rude Prado“ meldet, nicht für nötig gefunden einen Haftbefehl gegen die Bestie in Menschengestalt zu erlassen. — In der Slowakei ist man eben noch nicht so weit, wie in jedem andern Kulturlande, speziell nämlich die Behörden sind noch sehr zurück.

Kreibich in Krummau. Samstag, den 30. September sprach Abgeordneter Kreibich in Krummau in einer Versammlung „über die Wirtschaftskrise und den Prozeß der Sozialrevolutionäre“. Seine Ausführungen lassen sich leicht einteilen: Schilderung der Wirtschaftskrise, ihre Ursache: der Kapitalismus, das Hindernis einer Lösung zum Besseren: die Sozialdemokratie. Ueber die Sozialdemokratie sagte Kreibich: „Die

Sozialdemokratie mache wohl ganz vernünftige Pläne, aber sie pade nicht ordentlich zu, um sie durchzuführen, ja sie falle der Revolution stets in den Arm. Was seien Parlamentsbeschlüsse, Ministerverordnungen, Versammlungsresolutionen etc. Die Macht habe zufolge seiner Besehung der Kapitalismus und es geschähe nur das, was er wolle.“ „Revolution!“ war der Grundton von Kreibichs Rede. Heute noch so zu sprechen, ist wohl nicht mehr in verfliegenen Idealismus allein, sondern zum guten Teil in Parteipolitik begründet. Und das bestätigen die Worte Hirschls an die versammelten Arbeiter in der lokalen Lohnfrage: „Einmal wollen wir es noch in Güte mit den Unternehmern versuchen. Scheitert das, dann werden wir euch rufen und dann soll Krummau ein anderes Gesicht bekommen!“ Das sind entweder leere Worte oder heller, blutiger Wahnsinn. Im zweiten Teile seiner Rede suchte Kreibich auf die Nerven der Zuhörer durch die Schilderung vom Verrat, Blut und Mord zu wirken, deren sich die russischen Sozialrevolutionäre schuldig gemacht hätten; und solcher Leute nehmen sich die Sozialdemokraten an! „Gewaltherrschaft und Blutgericht seien heute noch notwendig in Rußland“, meinte Kreibich. So und ähnlich sprach Kreibich in Krummau; seine Ausführungen jedoch — imponierten niemandem mehr!

Die Hohenzollern und das tschechische Staatsrecht. Hohenzollernschwärmern und solchen, die es werden wollen, (wir hören ja von Zeit zu Zeit, daß sich die Schönerer-Partei wieder aufzutun will) sei das Lesen des deutsch-tschechischen Aufrufes empfohlen, den das preussische Oberkommando im preussisch-österreichischen Kriege 1866 erlassen hat. Er beginnt mit den Worten: „Einwohner des glorreichen Königreichs Böhmen!“ und enthält u. a. folgende Stellen: „In Folge des gegen unsere Wünsche vom Kaiser von Oesterreich herbeigeführten Krieges beitreten wir nicht als Feinde und Eroberer, sondern mit voller Achtung für Eueren historischen und nationalen Rechte Eueren heimatischen Boden. . . . Sollte unsere gerechte Sache siegen, dann dürfte sich vielleicht auch den Böhmen und Mähern der Augenblick darbieten, in dem sie ihre nationalen Wünsche gleich den Ungarn verwirklichen können. Möge dann ein günstiger Stern ihr Glück auf immerdar begründen.“ Im tschechischen Texte lautet der vorletzte Satz noch vielsagender: „ . . . dann wird sich vielleicht auch den Böhmen und Mähern der Augenblick bieten, in dem sie über ihr Geschick frei entscheiden könnten.“ Gut daß der „alle Willen“ so klug war, in der Möglichkeitsform zu sprechen, denn als die „gerechte Sache“ gesiegt hatte, da war es mit der freien Entscheidung vorbei. hm . . . ob wohl Wilson diesen Aufruf kannte?

II. internationaler soziologischer Kongreß in Wien. Im Sitzungssaale des Wiener Rathhauses fand Sonntag die Eröffnung des II. internationalen soziologischen Kongresses statt, auf dem 35 Staaten durch 300 Delegierte vertreten waren. Nachdem Vizebürgermeister Emmerling in Vertretung des Bürgermeisters die Kongreßteilnehmer begrüßt hatte, hielten die Vertreter Italiens, der Schweiz und Frankreichs Ansprachen, worin sie in warmer Weise für die Hilfe zugunsten Oesterreichs eintraten.

Luftverkehr London — Wien a. Rhein. Montag nachmittag ist das erste Flugzeug der Instone Air-Line, das den Namen „City of London“ trägt und für den regelmäßigen Luftverkehr bestimmt ist, mit englischen Journalisten an Bord in Köln gelandet. Es ist ein täglicher Dienst London—Köln mit einer Zwischenlandung Brüssel vorgesehen. Die Reise kann in viereinhalb Stunden zurückgelegt werden. Die erste Fahrt war aber durch Nebel beeinträchtigt und nahm eine längere Zeit in Anspruch.

Die Suggestionen-Brille. Die Toten sind lebendig geworden. Jene längst Vermordeten, die uns in den Museen auf Bildern alter Meister aus wunderbar gestalteten Augengläsern wie Gespenster anglohen. Der Urahn taucht aus der unergründlichen Verfenkung auf mit der ungeschlachten, entstellenden Hornbrille auf dem gemüthlich weingeröteten Gesichtserker und die dito Strumpfstreidende oder bibelberbauende Ruhme. Such — — waren das kuriose Gestalten! Und

doch — Ehrfurcht wandelt aus an, wenn wir blutjung und lebensfrisch in diese alten, sieben Gesichtserker sehen, die in eine glückliche Zeit schauten, allda noch nicht der Mensch sich schon seine Guckertln heillos verdammt, wenn er noch die Schulbank brückte und als Zeichen seiner Tertianerwürde den Klemmer auf dem hochnäsigen Vorsprung balancierte. Wieviele sträuben sich nur aus Eitelkeitsgründen gegen die von den Krankenschwestern gelieferte Brille einfachster Konstruktion! Na ja, schön ist sie ja nicht, aber sie soll doch einen gesundheitlichen Zweck erfüllen. Auch der modernste Kneifer mit Hohlshliff ist schon wieder unmodern. Die alte gute Hornbrille setzt sich langsam wieder durch, bei der Arbeit und selbst auf der Straße, im Restaurant und Theater. Ein Monstrum, das aller Feinmechanik zu spotten scheint. Kreisrunde Gläser von Fünfstromengröße mit dickem, schwärzlichem oder schmutziggelbem Hornrand umgeben, lugen probig wie Buldogaugen an der Bordwand eines Dampfers. Robige Hornstangen, die wie Meißtiffe, spannen sich um die Ohren. Verschönt das unser Menschenantlitz? Ach nein, aber furchtbar gelehrt sieht es aus. Eine Ergrungenschaft aus dem Kriege ist es, als jeder dritte Degenträger sich als Erbsch des untriererischen Kneifers auf Generalunfosten die wieder ausgegrabene Hornbrille verschrieb. Von der Front und von den „Clappenweinezüchtereien“ ging sie über die Heimkrieger in Bureau und Kontor. Der Anwaltsstift und der Portofassentritter macht sich interessant mit der gehörnten Gelehrsamkeit, die das große Horn vor dem Schädel nicht sieht, und in Berlin stolpert ihr über die Hornbrille aus Großmutterzeit gar schon auf der Straße. Suggestion! — alles Suggestion! Was der eine hat, will der andere haben, wenn es auch schon dagewesen ist und einst als garstig galt.

Die radiotelegraphische Station auf dem Vauxenberg in Prag hat im Jahre 1920 insgesamt 1,281.000 Worte, im Jahre 1921 1,101.000 Worte empfangen. Abgesendet wurden im Jahre 1920 im ganzen 479.000 Worte und im Jahre 1921 551.000 Worte.

Das Schicksal eines Heimkehrers nach achtjähriger Gefangenschaft in Sibirien. Vor kurzer Zeit kehrte der nach Raaben zuständige 44 Jahre alte Josef Mertl nach fast achtjähriger Gefangenschaft aus Sibirien in seine Heimat zurück. Von Pardubitz aus hat er brieflich seine Frau, sie möge ihm nach Leitmeritz, wo er sich beim zuständigen Kommando melden möchte, Kleider und Wäsche schicken. Statt der erbetenen notwendigen Kleidung fand aber Mertl in Leitmeritz einen Brief seiner Frau vor, in dem sie ihm mitteilte, daß für ihn zu Hause nichts mehr vorhanden sei. Mertl, der von seinen Kameraden mit Kleidungsstücken beschenkt wurde, fuhr hierauf zu seiner Mutter nach Deblau, wo man ihm mitteilte, daß seine Frau während seiner Abwesenheit einem Kinde das Leben gegeben habe und ihren Mann zwecks Wiederheiratung tot erklärt habe.

Weil er einrücken sollte. In Rektion bei Leitmeritz erkrankte der Rekrut Rudolf Seide seine Geliebte Irma Kral. Er verlor sich hierauf durch einen Sturz schwer. Seide beging die Tat, weil er einrücken mußte und sich von seiner Geliebten nicht trennen konnte.

Vom Juge überfahren. Gestern nach Mitternacht wurde vom Prag-Madnoer Juge der 23jährige Schneidergehilfe Josef Ab. Mertl aus Madno überfahren. Er dürfte während der Fahrt aus dem Juge gesprungen sein und kam so unter die Räder. Der Körper wurde vollständig zerstückelt.

Schweres Autounfall bei Glauchau in Sachsen. Ein schweres Autounfall ereignete sich in der Nacht vom Freitag zum Samstag in der Nähe des „Forsthauses“ bei Glauchau. Ein mit acht Personen besetzter Kraftwagen fuhr bei der scharfen Kurve am Eingange des Kumpfwaldes die Böschung hinab und überschlug sich, die Insassen wurden unter sich begraben. Drei Personen wurden sofort getötet, darunter der Führer des Wagens, zwei wurden schwer und vier leichter verletzt. Die Glauchauer Landespöizelei kam kurz nach dem Unglück in zwei Autos den Verletzten zu Hilfe. Es soll sich um Autofloster aus Zwickau handeln, die eine sogenannte „schwarze Partie“ nach Glauchau unternommen hatten. Vorher hatten sie im Cafe Seide in Glauchau Einkehr gehalten, wo der Abschied eines Teilnehmers gefeiert wurde. Für den Gefeierten wurde es nun ein Abschied für immer.

Professor Schuster. (2)

Die Lebensgeschichte eines Arme-Deut'-Kindes. Von Otto König.

Professor Schuster stand in der Klasse und lehrte und trug vor und fristete und lobte die Fleißigen und tadelte die Faulen und ermunterte die Untalentierten immer ein bißchen mehr als sie es verdienten und die Talentierten immer ein bißchen weniger. Er war herablassend und nachsichtig mit allen denen, die in dürftigen Kleidern zur Schule kamen und runzelte ungnädig die Stirn, wenn er an den Höschen der wohlgetanen und geleckten Bürgerbuben Spitzenkrausen sah; denn er war die ausgleichende Gerechtigkeit in Person und Wohlthollen will überlegt werden. Die Buben wußten aber nichts von dem Wohlthollen und der Gerechtigkeitsucht im Herzen ihres Professors. Sie sahen nur das gelbe Gesicht, die lahle Platte, die Brusteln, den Schnurrbart, von dem man munkelte, daß er falsch sei und die merkwürdigen Zähne, die der Professor schon manchmal zu Hause vergessen hatte. Weil der Professor Schuster sehr energisch werden konnte und in seinen fix und fertigen und unabänderlichen Sittlichkeitsforderungen auch sehr „nachträglich“ war, murrten sie nicht ein bißchen, aber sie liebten ihn auch nicht ein bißchen. Der Schülerwitz demächtigte sich seiner

häßlichen Person, seiner selbstbewußten Gebärde, seines gemeingewöhnlichen Namens und der arme Professor Schuster erlebte an allen, allen auf die er nach und nach seine immer wieder gründende Hoffnung gesetzt hatte, die bittersten Enttäuschungen. Diese Schülerbande war solidarisch! — Er litt unter diesen Enttäuschungen, er wurde mißtrauisch, argwöhnisch, begann zu spionieren und zu inquirieren und Exempel zu statuieren und erntete schneue Furcht und kriechende Heuchelei, wo sein dummes Herz Liebe und Achtung suchte.

Und der Proletariatsproffe Adolf Schuster, der das Riesengeld gehabt hatte, ein gelehrter Professor zu werden, hatte Grund zum Argwohnen. Nur hätte er ihn nicht auf die Schüler richten sollen, sondern auf die Eltern. — Das war ja eine kleine Provinzstadt, wo sie den Adolf Schuster hingesteckt hatten, eine Landstadt mit Aderbürgern und Fabrikanten, mit Sparassenzuwatoren und anderen Honoratioren, die eben eine kleine Stadt ausmachten. — Die waren alle besessen vom Bürgerdünkel und nachdem ihnen der alte Gymnasialdirektor, der sie ja alle einmal unter seinen pädagogischen Händen gehabt hatte, am Würdenträger-Stammtisch des Bräuhauses die Geschichte des neuen Professors in bester Absicht als ein lehrhaftes Beispiel für den Lohn des Fleißes und die Vorteilhaftigkeit der bestehenden Zustände erzählt hatte, da zogen diese Herren daheim bei Frau und — Söhnen eine ganz andere,

als die vom Direktor beabsichtigte Nutzenwendung aus dieser Geschichte. Der „Hausterrerohn“ als Erzieher von Bürgerjüngern! „Und so was seht man uns da her?“ „Na freilich Karl (oder Eduard oder Pepi), na freilich, parieren mußst du ihm schon. Er ist halt nun einmal dein Professor!“

„Schau nur, daß du dir mit dem Schuster nicht verdirbst. Solche Leute haben gemeine Instintte.“ Gegen diese Hauspädagogik war der Professor machtlos. Und daran änderte sich mit den Jahren gar nichts. Kleinstädte denken sehr langsam, aber sie vergessen auch nichts. Zum Professor Schuster kamen zwar die „Mütter“ in die Sprechstunde Rotau zu machen und um „Nachsicht“ zu bitten, wie je jedem anderen, denn „er konnte ja doch den armen Buben haben“, er bekam auch regelmäßig seine Ehrenkarte zum Schützenball und zum Beamtenkränzchen und zum Bürgerball, aber — — zur „Gesellschaft“, zur eigentlichen Oberschicht, wurde er nicht gezählt. Das merkte „der Schuster“ ganz deutlich und wenn einmal irgend ein von ihm geleiteter Schülerausflug unternommen wurde, an dem die Teilnahme nicht obligatorisch war, dann — waren die Bürgerjüngchen regelmäßig krank. Das kränkte den Schuster. Aber die Zeit der Erniedrigungen kam erst.

Im Provinznest war große Freude. Das Langersehnte wurde ganz unerwartet Tatsache: Das Unterghymnasium war zu einer vollständigen

Mittelschule erweitert worden. Professor Adolf Schuster war Klassenvorstand der 4. Klasse und zitterte. Was sollte im nächsten Jahre werden — er hatte ja nicht die Lehrbefähigung für die oberen Klassen. Er stürzte sich auf die Bücher. —

An einem heißen Hochsommertag kam Adolf Schuster vom Bahnhof und ging auf heimlichen Feldwegen und durch die Hintergassen in seine Wohnung. — Am nächsten Tag wachte es richtig das ganze Städtchen: „Der Adolf Schuster ist für das Obergymnasium nicht lehrbefähigt und gestern ist er mit Bomben und Granaten durchgeschaut. — Natürlich!“ — In einer kleinen Schulstube ist das nämlich so: Kein Mensch hat eine Vorstellung davon, wo und wie ein Mittelschullehrer geprüft wird, aber wenn einer nicht geprüft ist, oder — Pech hat, dann wird das sogar auf der Sicherheitswachstube diskutiert.

Professor Schuster gelang es ungeprüfter und provisorischer Weise die Leitung der „Quinta“ zu ergattern. Er hatte Kämpfe gekämpft um „seine Klasse“. Er ahnte nicht, daß „seine Klasse“ in erspriehtlicher Zusammenarbeit schon ein Gebicht verfaßt hatte, das anfang:

„Vorüber zu unser aller Freud, Ist die verschutterte, schredliche Zeit“, er merkte nicht, daß die „Geschichte der hiesigen funkelneluenen Obergymnasialisten sich vor Krämpfen verzerrte, als er zum ersten Mal wieder in ihre Klasse trat.

(Schluß folgt.)

Das Pseudonym.

Bius XI. und die „bleibende Idee des Papsttums“.

Ueber den neuen Papst erschien kürzlich eine Monographie („Papst Bius XI.“ von Dr. Max Bierbaum, Verlag J. F. Bachem Köln), die bemerkenswerter ist durch das, was sie verkündet als durch das, was sie vorbringt. Das Buch will seiner ganzen vollstündlichen Aufmachung nach offenbar propagandistisch wirken; es tritt mit dem Vorbehalt vor den Leser hin, ihm die „bleibende Idee des Papsttums“ zu vermitteln, sagt aber nicht, daß es ein ganz bestimmtes Papsttum ist, das es als repräsentativ, als klassisch verkünden will. Bierbaums Werk ist der Versuch einer Apologie des weltlich gerichteten Papsttums, als dessen typischer Vertreter und bewußter Vorkämpfer Bius XI. zu gelten hat.

Hr. B. hat vor der Übernahme des Pontifikats Jesuitengeneral: der zweite in der Reihe der Päpste, dem der Sprung gelang. (Der erste war sein Vorgänger Benedikt XV.). In Bierbaums Darstellung wird diese sicherlich sehr wesentliche — dem Laienpublikum bisher so ziemlich unbekannt — Tatsache mit keiner Silbe erwähnt. Und doch ist lediglich aus dieser geistigen Herkunft des neuen Papstes die Wahl seines Pseudonyms zu verstehen. Der Zweck — die weltliche Orientierung der neuen vatikanischen Politik geschäftlich zu kaschieren — mußte das Mittel der Adaptionierung eines Namensheiligen, der vordem die gegenwärtige Richtung symbolisiert hatte.

Bius XI. ist seiner ganzen Gesinnung und Entwicklung nach alles andere als ein Anhänger der Politik Bius X., der nur Gewalt über die Seelen der Gläubigen erstreckt hatte; sein Kurs stellt vielmehr die geradlinige Fortsetzung der Politik Leo's XIII. und Benedikt's XV. dar, die die Hoffnung auf Wiedererhebung eines wenn auch noch so beschränkten Gebietes des Patriomonium Petri im Grunde niemals aufgegeben hatten. Bius X. hatte auf die weltliche Machtansprüche des Papsttums endgültig resigniert. („Il passato e passato!“ urteilte über diesen Punkt gelegentlich eines Interviews der sicherlich informierte Marchese Cornaggia, der liberale Abgeordnete von Mailand.) Er verfolgte mit konsequenter Beharrlichkeit das Ziel, für die verlorengegangene weltliche Herrschaft die Gewalt über die Geister aufs neue zu erringen, das Dogma wieder aufzurichten, es gegen die weltliche Strömung im Meer und in der katholischen Laienbewegung durchzusetzen. Man erinnert sich noch seines rücksichtslosen Vorstoßes zugunsten der Kartatolischen (Vatikaner) Richtung der christlichen Gewerkschaften in Deutschland, seiner staubaufwirbelnden Enzyklika „Iniquissimi quodam“, worin er von der interkonfessionellen (Köln) Richtung lediglich „duldend“ und „mahnend“ Notiz nimmt. Man erinnert sich auch der Fortsetzung dieses Streites durch die Briefe über das Gewerkschaftsproblem, die Kardinal Ropp, der getreue Sachwalter Bius X. in Deutschland, kurz vor seinem Tode an den Grafen Oppersdorf und an den Zentrumsvizepräsidenten Dr. Borsch gerichtet hat; sie bedeuten eine offenkundige Bestätigung der Kartatolischen, dogmatischen Gruppe im Kampf gegen die weltlich orientierte Kompromißrichtung deren Organisation Katholiken und Protestanten umfaßt.

Und nun Bius XIII. Bierbaum erschließt sich in der Ausmalung intimer Wege aus dem Leben des neuen Papstes, die in ihrer Summe das Bild einer weltfreundlichen, herrschaftlichen Persönlichkeit ergeben, ununterbrochen aber während des Versuches, die behauptete innere Verwandtschaft mit Bius X. nachzuweisen. Er verfolgt die einseitige vielseitige Tätigkeit des Hr. B. Matti als Präsekt der androsianischen Bibliothek in Mailand und der vatikanischen Bibliothek in Rom, als Nuntius in Warschau und als apostolischer Kommissar in Oberitalien, er zeichnet ihn als weisgewandten Diplomaten, als begeisterten Alpinisten: das Bild eines Renaissancepapstes.

Besonderes Interesse erweckt in diesem Zusammenhang das Problem der weltlichen Macht des Papstes. Bierbaum greift zu dieser Frage einen grundlegenden Artikel im „Osservatore Romano“, worin ganz unumwunden erklärt wird: „Es genügt nicht eine Freiheit und Unabhängigkeit de facto, die aus freier Verfügung der herrschenden Weltmacht gewährleistet wird, sondern es wird eine rechtlich geregelte Stellung gefordert, die de jure zustanden wird, was unter den gegenwärtigen Umständen wohl nicht ohne eine territoriale Grundlage möglich zu sein scheint.“ Der Artikel erschien bereits unter Benedikt XV. — am 2. September 1921 — aber die Politik Bius X. hat sich seine Argumentation völlig zueigen gemacht, es ist die Politik des Antipoden der rein geistlichen Richtung Bius X., des verstorbenen Kardinal-Zelwärs Ramolla, der, Mediziner nach Herkunft und Weltgefühl, den Kerkern der katholischen Kirche als politisches Vernachlässigen des Willens zur Macht hinterließ, den er zweifellos in der vatikanischen Praxis betätigt hätte, wenn nicht durch das Veto des österreichischen Gesandten im letzten Augenblick seine fast sichere Wahl zum Bischof von Rom vereitelt worden wäre.

Der weltliche Kurs der vatikanischen Politik beginnt sich bereits auf den verschiedensten Stufen der Hierarchie auszuwirken. Die freundschaftliche Unterredung des Erzbischofs von Benedikt mit dem Vizepräsidenten der Reichsregierung war genau ebenso ein weltliches Spiel, wie die öffentliche Papstsegnung in Rom oder wie jenes noch fremdartigere, das jüngst, anlässlich der Großen Rheinischen Sportwoche, die Tausende im Kölner Dom erlebten, als nach dem Hochamt

für die geöffneten Sportkameraden der Domprediger Franziskanerpater Dionysius die Kanzel bestieg, um in Lobpreisungen, wie man sie über diesen Gegenstand kaum je aus weltlichem Munde vernommen, eine Propagandarede für den Sport zu halten; man vergaß, wie ein Kölner Blatt sich äußerte, „daß der Mann auf der Kanzel eine Kutte trug.“

Dieser sportbegeisterte Franziskanerpater — und nicht Bius X. — ist das repräsentative Symbol des neuen vatikanischen Kurses.

Nicht darum handelt es sich hier, diesen Kurs sympathisch oder unsympathisch zu finden; auch nicht um die Frage, ob Bius XI. ein Anhänger der Entente ist oder nicht; sondern lediglich darum, das Bild beim rechten Namen zu nennen. Sind die Elemente der Wahrheit zitiert, so mag sich jeder daraus selbst sein Gesamturteil bilden. Wenn Hr. B. Matti es für richtig fand, sich den Namen seines Vorgängers beizulegen; in der eine der seinigen durchaus entgegengekehrte Kirchenpolitik vertrat, so ist es Sache der historischen Kritik, den adoptierten Namen und die durch ihn gedeckte Politik streng auseinanderzusetzen.

Telegramme.

Waffenstillstand im Orien.

Berlin, 3. Oktober. (Tsch. P.-B.) Die Wälder berichten nach der Agentur „Eft Europe“ aus London: Sonntag mittags ist zwischen Griechen und Türken offiziell der Waffenstillstand abgeschlossen worden. Die Nationalversammlung von Angora hat dem Kaiserlichen Reich die Einsetzung der Feindeseligkeiten auf allen Fronten anzuordnen.

Protest Rußlands gegen die Blockade der Dardanellen.

London, 3. Oktober. (Tsch. P.-B.) Die russische Zolpjetregierung hat eine Note an die britische Regierung gerichtet, in der sie in starken Ausdrücken gegen die Blockade der Dardanellen und des Bosporus durch die britische Flotte Einspruch erhebt. Die Note erklärt, Rußland habe zahlreiche Ausfuhrpunkte in Europa und Amerika untergeordnet und die Seetransporte zu den Häfen des Schwarzen Meeres seien für die Mehrzahl der Waren der beste Weg. Durch die Spernung der Meerengen hindern die Mächte den Wiederaufbau Rußlands. Die Freiheit der Meerengen, für die Europa wiederum bereit sei, Blut zu vergießen, bedeute nur die Freiheit der Entente in Ägypten, die Meerengen jeden Augenblick und unter jedem Vorwande zu schließen. Zum Schluß erklärte die Note, die russische Regierung bestehe auf der Aufhebung der Blockade der Meerengen wie auch aller Einschränkungen, die von Großbritannien und seinen Alliierten bezüglich der Durchfahrt der Handelsschiffe durch die Dardanellen und den Bosporus angeordnet worden sind. Weiter erwähnt von maßgebender Stelle, daß von der Errichtung einer zweiten Blockade nichts bekannt sei.

Die Griechen müssen Thrazien räumen.

London, 2. Oktober. (Havas.) Lord Curzon ließ nachmittags den französischen Botschafter de Saint-Aulaire wissen, daß die britische Regierung ihrem Vertreter bei der Konferenz von Neu-Delhi angewiesen habe, sich der Ansicht der französischen und der italienischen Vertreter betreffs der Restitutions einer Grenzlinie, hinter die sich die Griechen bei der Räumung Thraziens zurückziehen müssen, anzuschließen. Das vorläufige Verwaltungsregime Thraziens fällt unter die Zuständigkeit der alliierten Oberkommissäre.

Die Frau im russischen Sprichwort.

Eines armen Mannes Arm reicht nur bis an seines Weibes Herz.

Liebe ist ein Ei, das nur mundet, wenn es frisch ist.

Zuerst du auch deine Ehegenossin — es wird doch stets etwas Säure in ihr nachbleiben.

Es freut mich, daß du satt geworden bist, sagte die Frau zu ihrem Mann, als sie den Köffel weglegte.

Kam' aller Regen, der in der Weiber Taschen geht, auf die Felder — wir würden nicht über Türe zu klagen haben!

Mütterchen, verheirate deine Kinder nicht, eh' du sie geboren hast!

Ein Hund Frauenfleisch ist teurer als ein Hund Ruchfleisch.

Liebe trägt Flügel, Ehe Kruden.

Katja, schürze dein Kleid nicht bis ans Antlitz, wofern du nicht willst, daß man deine behaarten Waden sehe!

Warum die Braut am Hochzeitstag weint, weiß sie erst übers Jahr.

Eine Frau ohne Kinder ist wie eine Biene ohne Gras.

Aus Gras wird Heu, aus einem schönen Mädchen ein altes Weib.

Eine reiche Witwe ist keine Witwe.

Ein Mann ohne Weib — eine Kirche ohne Glockenturm.

Die das Meer zum Gatten hat, wird Wellen gebären.

Die des Manns begehrt, begehrt auch der Geißel.

Wenn der Gase mit der Gassin pouffiert, vergißt er des Jägers.

Kein Weib ohne Rauheit, kein Mann ohne Weichheit.

Seine Braut langt Einer wohl aus dem Kaspischen Meer, sein Weib nicht aus der Wolga.

Wenn man den Bug der Weiber lobt, meinen Sie, man lobe sie selber.

Die den braunen Nacken hat, liebt die hohen Sarofane.

Wären die Weiber auch von Glas, blieben sie doch undurchsichtig.

Kleine Chronik.

Amerikanische Bischöfe gegen die Ehescheidung. Die gegenwärtig in Portland im Staate Oregon tagende Konferenz der Bischöfe der amerikanischen protestantischen Kirchen nahm eine Entschließung an, nach der die Wiederverheiratung geschiedener Personen mit Ausnahme der wegen Ehedurchbruch geschiedenen Partei durch kirchliche Verordnung verboten wird. Das Verbot enthält zwar keine Strafbestimmungen, doch verpflichteten sich die einzelnen Bischöfe, alle Personen, die gegen das Verbot verstößen, vom Abendmahl auszuschließen. Begünstigt wurde der Beschluß mit der Erklärung, daß die Ehescheidung das amerikanische Familienleben zu untergraben drohe und den Quell des sozialen Lebens verpönte. Gleichzeitig erklärte sich die Bischofskonferenz für die Gesundheits- und ermahnte Geistliche und Laien, die sich im Besitz der Heilskraft glauben, sich durch theologische und ärztliche Studien für die Heiligung auszubilden. Die Ausübung der Praxis sei jedoch von einer schriftlichen Zustimmung ihrer Bischöfe abhängig. — Man sieht, es gibt noch immer genug gläubige Schäflein — in diesem Falle wohl Zehntel — auf der Welt.

Wie die Tiere schlafen. Als die nützlichste Stellung des Menschen beim Schlafen hat man die Lage auf der Seite mit angezogenen Knien festgestellt. Der Mensch hat durch Erziehung und Gewöhnung diese Lage vielfach verändert; bei den Tieren aber finden wir die Schlafstellung noch in ihrer ursprünglichen Form, die bei den einzelnen Arten sehr verschieden ist. Die Elefanten schlafen immer und die Pferde meistens im Stehen. Die Vögel, mit Ausnahme der Eulen und der indischen Papageien, schlafen, indem sie die Köpfe über den Rücken biegen und den Schnabel unter die Federn zwischen Flügel und Körper stecken. Störche, Möwen und viele langbeinige Vögel schlafen, indem sie auf einem Bein stehen. Die Enten machen ihr Schlüpfchen im offenen Wasser und bewegen dabei den einen Fuß im Kreise, um zu verhindern, daß sie nach der Rüste zurückweichen. Die Faultiere hängen sich beim Schlafen mit ihren vier Füßen an einen Ast auf und verbergen den Kopf zwischen den Vorderfüßen. Rühche und Wölfe schlafen zusammengerollt, wobei die Nase und die Füßhöhlen eng zusammengebracht sind und der buschige Schwanz als Decke dient. Gajen, Schlangen und Fische schlafen mit offenen Augen. Die Eulen besitzen außer den Augenlidern, die sie beim Schlaf schließen, noch eine Art besonderen Vorhang, den sie von der Seite her über die Augen ziehen, um sich gegen das grelle Tageslicht zu schützen, da sie den Tag als Schlafzeit benutzen.

Das „Schächten“ der Schlachttiere.

Beim „Schächten“ handelt es sich um die Tötung der Schlachttiere, die nach einem rituellen Brauch der Juden auf eine grausame Art vom Leben zum Tode befördert werden. In Deutschland ist das Schächten immer noch erlaubt, während es z. B. in der Schweiz längst verboten ist. Ein Metzger aus der Schweiz besuchte kürzlich ein Schlachthaus in Deutschland und hatte Gelegenheit, erneut das Grausame dieser Tötungsart, die in Deutschland auf allen Schlachthöfen ausgeführt wird, zu beobachten. In einer lebenswarmen, der Wirklichkeit entsprechenden Weise schildert er in einer Zeitschrift diesen Vorgang wie folgt:

„Ich sehe sie noch, die 12 bis 15 Tiere, in einem wirren Anäuel durcheinander, mit gesenkten Köpfen, lange auf ihren, nicht Metzger, eher Henker warteten. Da endlich kommt das erste Stück dran. Eine Kuh wird von dem allgemeinen Vieh- und Menschenhaufen etwas losgelöst. An alle vier Unterschenkel werden Ketten gelegt, und mit Hilfe des Aufzuges werden dem Tier die Beine zusammengezogen. Das Opfer wehrt sich verzweifelt aber vergebens gegen die Gewalt des Aufzuges; mehr und mehr werden die Füße zusammengezogen, sie verlieren ihren Halt, und das Schlachtier tut einen schweren Fall. Lame des Schmerzes und der Angst entringen sich dem schammbedeckten Maul, und immer wilder und heftiger wird trotz der eisernen Fesseln der Verzweiflungskampf des armen Geschöpfes. Ein Schlächter ergreift mit einer Art eiserner Gabel den Kopf des Tieres und zwingt ihn mit großer Gewalt in die notwendige

Lage, so daß die Stirn des Tieres den Boden berührt. Das Opfer ist wehrlos gemacht. Schwer geht sein Atem, Laut kann es nicht mehr von sich geben. Die Augen treten aus ihren Höhlen. Blut! Blut! rönt es zugleich aus verschiedenen Stellen, was dem Rabbiner bedeuten soll, daß er sich zum Schächten einfinden solle. Blut! ertönt es nochmals, der Rabbiner läßt sich nicht aus der Ruhe bringen, er prüft gemächlich die Schärfe seines Messers, und es scheint ihm auch nicht im geringsten daran zu liegen, die Qual des gepeinigten Tieres auch nur um eine Sekunde zu verkürzen. Endlich kniet er nieder, und unter den umstehenden sehe ich manches Gesicht, in dem sich Ekel und Abscheu ausdrückt. Da plötzlich springt ein roter, dampfender Blutstrom hoch auf und bespritzt die handreichenden Männer. Der Rabbiner hat mit jäherem Messer in drei Zügen den Hals des Tieres bis ans Genick durchgeschnitten. Ohne daß das Tier vorher betäubt worden wäre, muß es diese lange Tortur bei vollem Bewußtsein über sich ergehen lassen. Mit halb vom Rumpfe getrenntem Kopfe liegt es da und blüht, wie das warme Blut heruntertrinnt. Doch ein Metzger macht dem Leiden ein Ende. Mit geschicktem Messerstoß ins Genick trennt er das Rückenmark vom Gehirn, und das Bewußtsein hat aufgehört.

Mich schaudert, und ich wende mich weg. Da übersehe ich die ganze Schar der Opfer, die dieser Tortur geweiht sind. In meiner Nähe und als nächster Todesandidat steht ein großer Schaf vom Zimmenthaier Schlag. Schon ist er bespritzt vom Blute seines Vorgängers. Er jährt wie Epenlaub und bläst ängstlich durch die Röhren. Hat er eine Ahnung? Ist es Todesangst? Ja, wenn sie reden könnten, die armen Tiere! Wenn sie reden könnten, diese Steinfliesen, auf denen schon so manche warme Kinderstirn lag und die schon von so manchen brechenden Augen angestarrt wurden, als sollten sie als Zeugen dienen für das begangene Verbrechen. Ja, wenn sie reden könnten, die eisernen Pfeiler der Schlachthallen, die oft schon das blutige, gewalttätige, grausame Werk ansehen mußten! — Das ist das Schächten, das rituelle Schlachten der Juden!

Poltswirtschaft und Sozialpolitik.

Bodenreform und Auslandspropaganda.

In dem Presseberichte des Internationalen Gewerkschaftsbundes ist eine Notiz über „Die Verstaatlichung der Forsten in der Tschechoslowakei“ enthalten, die nach ihrem ganzen Wortlaut eine offizielle Auslassung darstellt. Die Betrachtungen über diese Bodenreform sollen nach der „Gazette de Prague“ (ein vom Außenministerium ausgehendes Blatt) von einem „Rachmann“ herrühren und wenn wir die Notiz lesen, wird auch bald zu finden sein, welcher Qualität dieser „Rachmann“ sein dürfte und in welchem Auftrag er die harmlose Geschichtenerzählung geschrieben haben dürfte. Hören wir einmal, was der vom Regierungsorgan erwähnte Rachmann zur Begründung der Bodenreform und der Waldverstaatlichung anzuführen weiß! In dieser Notiz wird u. a. gefagt:

„Wenn man die Bedeutung der Forste nicht nur vom Standpunkt ihres wirtschaftlichen Wertes und Ertrages betrachtet, sondern auch ihren Einfluß in Hinsicht auf Reichtum, Fruchtbarkeit und Klima eines Landes in Rechnung stellt, ihre Rolle in der Wasserversorgung und schließlich ihre hygienische und ästhetische Bedeutung für das betreffende Land ins Auge faßt, so wird man un schwer begreifen, wie wichtig es ist, wenigstens einen Teil des Waldesbesitzes unverändert zu erhalten. Von diesem Gesichtspunkte aus bietet gerade der Staat als Besitzer die besten Garantien. Namentlich die Gebirgs- und Schuttwälder haben eine große Bedeutung für die Bildung von Quellen und die Wasserversorgung des Landes, während sie andererseits auch einen Schutz gegen Lawinen- und Ueberschwemmungsgefahren und reichenden Gewässern bilden.“

Wer gedanklich dieser harmlosen Plauderei über die Nützlichkeit der Verstaatlichung der Grenzforste in der Tschechoslowakei folgt, wird bald erkennen, wie plump und kurzschichtig eine derartige Aufmachung ist. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat seinen Sitz in Holland und Hollands volkswirtschaftliches Leben hängt im höchsten Ausmaß von normalen Wasserverhältnissen ab. Wenn demnach die tschechischen Presseberichte die Waldverstaatlichung mit der „Bedeutung für die Bildung von Quellen und der Wasserversorgung des Landes“ im Zusammenhang bringen, so einzig und allein mit der durchsichtigen Absicht, die holländische Öffentlichkeit, vielmehr das holländische Proletariat von der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit der Waldverstaatlichung zu überzeugen. Wenn uns auch von den unzähligen Presseberichten der offiziellen Auslandspropaganda nur hier und da ein solcher zu Gesicht kommt, können wir schon an diesen farbigen Mitteilungen erkennen, wie unwahr und verlogen, wie irreführend die Auslandspropaganda geworden ist.

So wie die Dinge heute und auch in weitabsehbarer Zukunft liegen, wird der Staat als Verwalter des Großgrundbesitzes und der Forste niemals die Garantien für die Nichtverminderung des Reichtums der land- und forstwirtschaftlichen Großgüter bieten. Im Gegenteil, wir müssen wiederholen, die Verstaatlichung der land- und forstwirtschaftlichen Großgüter bedeutet die Bürokratisierung dieser Produktionszweige und diese wieder hat die Produktionsverminderung, wenn nicht gar das gänzliche Verderben derselben zur Folge.

Nach den Auslassungen der papierenen Propaganden der Tschechoslowakischen Bodenreform-

